

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2016



**Recht: Prozeßkostenhilfe**

**Vom Milliardenkredit zum Mauerfall**

**Die DDR und der Spanische Bürgerkrieg**

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

## Inhalt

### Aktuell

- 3 Abgesagt
  - Doping-Vorwürfe
  - Umbenennen
  - Neue Dimension der Aufarbeitung

### Recht

- 4 Wenn guter Rat teuer ist...

### International

- 5 Zwangsarbeiter aus Nord-Korea
  - Illegale Organentnahme
  - Aufarbeitung in Tschechien

### Aufarbeitung

- 6 Vom Milliardenkredit zum Untergang der DDR
- 8 Abgespeist mit Worten

### Geschichte

- 10 Alfred Kantorowicz und der Spanische Bürgerkrieg

### Berichte

- 12 Betroffene fordern Rehabilitierung
  - Tost – ein Schweige- und Vernichtungslager des NKWD
- 13 Opfergedenken in Malchow – ein Nachtrag

### Verbände

- 14 UOKG-Kongreß 2016
  - Öffentlichkeitsarbeit
  - Einigung in Leipzig
  - Vor Ort
- 15 Abschied
  - Spendenaufruf

### Service/Bücher

- 17 Ein BND-Präsident erinnert sich
- 18 Der SD in Dänemark
- 19 Ein Antroman
  - Zwei Frauen

### Service/Veranstaltungen

- 17–19

### Umschlagbild

*Neue Dimension der Aufarbeitung: Auf einer Pressekonferenz gab die Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen bekannt, daß sie in fünf Tötungsfällen an der Grenze zwischen CSSR und Westeuropa Strafanzeige gegen die gesamte Befehlskette gestellt hat (s.S. 3). (v.l.) Dr. Christian Fuchs, UOKG, Dr. Neela Winkelmann, Plattform, RA Konrad Menz, Christa Brunies, Mutter eines der Opfer.*

Foto: N. Radlitz

## Editorial

# Identitäten

Von Horst Schüler

Es ist Anfang September, noch wenige Tage bis zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die Medien sind voll im Thema, das sie seit Monaten total beherrscht – Flüchtlinge, Integration, Migration, Obergrenze oder keine, Islam, Burka, Türken-Chef Erdogan, schaffen wir's mit seiner Hilfe oder schaffen wir's nicht, und manchmal möchte man die „Tagesschau“ und „Heute“ gar nicht mehr sehen und Zeitungen ungelesen in den Papierkorb schmeißen, weil: man weiß ohnehin schon, was gezeigt wird und geschrieben steht und man mag es nicht mehr hören oder lesen, vor allem nicht, wie unsere Partei-Oberen sich beharken und was wir wieder mal falsch machen, wir – die Deutschen. Denn darin sind wir erstklassig, nämlich uns gegenseitig an den Hals zu gehen, in Wahlzeiten besonders. Was Wunder, wenn sich andere das annehmen. Vor ein paar Tagen fragte mich ein Südländer am Ende eines Gesprächs über „Woher, Wohin, und Warum?“ – fragte mich also maliziös, ob ich denn gern Deutscher sei. Na klar, dachte ich, hat sicher Auschwitz im Kopf und den Holocaust und die Schuld, die uns alle belastet. Werfen wir uns ja selbst gern vor, vor allem die Jüngeren den Alten, wie konntet ihr denn nur diesem Hitler und seiner Mörderbande folgen. Ja, wie konntet ihr nur!

Also, zuerst einmal mein Südländer: Eigentlich hatte ich dessen Frage anmaßend gefunden, stellte er sie doch dem Bürger eines Landes, das ihm Schutz und Sicherheit gewährte. Sei's drum. Ja, ich bin gern Deutscher, antwortete ich. Mal abgesehen davon, daß man es nicht selbst bestimmt, in welcher nationalen Gemeinschaft hinein man geboren wird. Aber Angehöriger eines Volkes zu sein, das heißt schließlich, alles mitzutragen, was diesem Volk in Jahrhunderten aufgeladen wurde: Große beispielhafte Leistungen jeder Art, Tragödien, Komödien, grauer Durchschnitt, Kriege, Revolutionen, Jubel und Trauer, doch letztlich auch Verbrechen, mögen sie noch so schrecklich sein wie die von Hitler und seinen Gefolgsleuten begangenen. Ganz gewiß ist diese Last unendlich schwer zu tragen, wir können nichts streichen

im Geschichtsbuch unseres Volkes. Aus allem die richtigen Folgen zu ziehen, das ist unsere Aufgabe.

Gilt auch für die Jüngeren, vor allem wenn sie dort aufwuchsen, wo von Kriegsende an Freiheit herrschte. Sie sollten sich nicht einbilden, klüger und besser zu sein als die Generationen vor ihnen. Unter ähnlichen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie in den 20er und 30er Jahren in Deutschland herrschten, wären sie genauso auf einen Diktator hereingefallen wie ihre Väter und Großväter. Wer heute meint, im Besitz der allein selig machenden Wahrheit zu sein und noch Ideologien huldigt, seien sie rechts- oder linksextremistisch, sollte besser denen lauschen, die den Terror solcher Ideologien erlebten, erlitten.

Deutscher! Unendlich viel wird über ihn diskutiert und gestritten. Was macht ihn aus? Just in diesen Tagen hat der Politik-Wissenschaftler Herfried Münkler gemeinsam mit seiner Frau Marina in einem fünf Grundsätze umfassenden Manifest vorgeschrieben, was Deutschsein in Zukunft heißt. Vor allem, so meinen sie, dürfe man es nicht mehr allein ethnisch definieren, sondern weltoffen und multiethnisch. Die „Merkmale des neuen Deutschseins“, von dem Ehepaar Münkler in einem Buch vorgestellt, sind in manchen Punkten gewiß einer breiten Diskussion wert, andere schon im Ansatz bestreitbar. Etwa die These, wer sich vor einer „Überfremdung“ fürchte, der scheue in Wahrheit lediglich einen Leistungsvergleich mit Fremden, der wolle sich also keiner Konkurrenz stellen. Wir mögen ja manches fürchten, wir „ethnisch“ Deutschen, einen Leistungsvergleich gleich welcher Art aber bestimmt nicht. Und das „westdeutsche Wirtschaftswunder“ ist nicht, wie es bei den Münklers heißt, auf Gastarbeiterbasis entstanden, sondern durch die beispielhafte Leistungskraft deutscher Menschen, besonders der Frauen, die buchstäblich mit bloßen Händen in ein paar Jahren ein zertrümmertes Land wieder aufbauten. Wenn etwas das Wort „Wunder“ verdient, dann ist es deren Leistung. Auch deshalb bin ich gern Deutscher.

## Abgesagt

(joa)Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) führt am 8. Oktober dieses Jahres einen Kongreß zum Thema „Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Haft- und Repressionsopfern der SED-Diktatur“ durch. Neben Fachvorträgen wird es eine Podiumsdiskussion geben, zu der auch ein Vertreter des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen eingeladen war.

Seitens des Verbandes wurde nun die Teilnahme am Kongreß abgesagt.

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, kritisierte: „Wer sich dem fachlichen Austausch über die Begutachtung von Opfern des SED-Regimes entzieht, verweigert den Repressionsopfern von SED und Stasi den Respekt als

Mensch und behindert den Genesungsprozeß der Opfer. Das ist beschämend.“ Die Weigerung des Präsidenten Prof. Dr. Krämer, mit dem Vorsitzenden der UOKG zur Vorbereitung des Kongresses zu sprechen, zeuge von fehlendem Interesse. Dombrowski betonte, daß es für die Opfer des SED-Regimes wichtig sei, auf größtmögliche Kompetenz bei ihrer Begutachtung zu treffen.

Der Berufsverband der Deutschen Psychologen habe Jahrzehnte gebraucht, um die Rolle der Psychologen in der NS-Zeit aufzuarbeiten. Offensichtlich habe er ein Problem damit, sich mit staatlich zu verantwortendem Unrecht und den psychischen Folgen für die Opfer auseinanderzusetzen und behindere somit eine sachgerechte Begutachtung von Folgeschäden, verursacht durch das SED-Unrechtsregime. ✖

## Doping-Vorwürfe

(jk)Vor 40 Jahren holten DDR-Schwimmerinnen in Montreal elf von 13 Goldmedaillen. Nun will der kalifornische Senat die Dopingvorwürfe aufarbeiten lassen. Mit einer Resolution will er das Internationale Olympische Komitee dazu drängen, das Systemdoping in der DDR hinsichtlich der Sommerspiele von Montreal 1976 zu prüfen. Als die DDR-Athletinnen die elf Medaillen holten, hatte der staatlich gebilligte und abgeschirmte Betrug bereits tiefe Wurzeln geschlagen.

Der kalifornische Senat beruft sich auf Akten und Belege über die staatlich gestützte Manipulation, an die die Dopingforscher Brigitte Berendonk und Werner Franke nach dem Mauerfall einst gelangten. Senator John Moorlach, der die Resolution gemeinsam mit der amerikanischen Schwimmerin Shirley Babashoff vorangetrieben hatte, forderte das IOC auf, die „Fehler“ in den Ergebnislisten zu korrigieren. Es sei unabdingbar, der „Jugend von heute zu zeigen, ehrlich im Wettstreit zu kämpfen“. ✖

## Umbenennen

(bk)Der deutsche Philosoph und Soziologe Karl Marx gilt als geistiger Verursacher des Kommunismus. Seine Schriften legten die theoretische Grundlage für totalitäre Diktaturen im Namen eines von ihm definierten Proletariats, die einen großen Teil der Welt ein halbes Jahrhundert lang terrorisierten. Rund 550 Straßen, Alleen und Plätze allein in Ostdeutschland tragen noch immer seinen Namen. In der DDR wurde er neben Friedrich Engels als Theoretiker des Sozialismus und Kommunismus verehrt.

Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, will dieses DDR-Erbe beseitigen und fordert

die Umbenennung. „Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem politischen und wirtschaftlichen Bankrott der DDR wird es Zeit, sich von den Ersatzheiligen des Kommunismus im Straßenbild in den neuen Ländern zu trennen“, sagte Steiger der Bild-Zeitung.

„Mir fehlt das Verständnis, daß in manchen Orten heute noch Hauptstraßen nach ihnen benannt sind. Nachdem mit der deutschen Einheit neben der Freiheit auch das deutsche Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft für blühende Landschaften gesorgt hat, müßten diese Straßen reihenweise nach Ludwig Erhard benannt werden“, so Steiger. ✖

## Neue Dimension der Aufarbeitung

(st)Die Platform of European Memory and Conscience (Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen) hat gemeinsam mit der UOKG am 25. August 2016 auf einer Pressekonferenz in Berlin bekanntgegeben, daß sie beim Generalbundesanwalt der Bundesrepublik eine Strafanzeige eingereicht hat. Diese richtet sich gegen 67 Personen tschechischer und slowakischer Nationalität in der gesamten Befehlskette, die Verantwortung tragen für fünf Fälle von Tötungen, denen deutsche Staatsangehörige am Eisernen Vorhang, der die ČSSR von Westeuropa trennte, zum Opfer fielen.

Dr. Christian Fuchs, Vertreter der UOKG, sprach von einer „neuen Dimension der Aufarbeitung“, die mit diesem Schritt erreicht werde. Dr. Neela Winkelmann, geschäftsführende Direktorin der Plattform, erläuterte die Vorgehensweise bei der langwierigen Recherche. Nach eingehender Forschung einer Gruppe von Historikern könne für diese fünf Todesfälle lückenlos die Kette der Verantwortlichkeiten nachgewiesen werden. Allein an der Grenze der ČSSR zu Bayern und Österreich habe es 320 Tote gegeben, davon mindestens 27 deutsche. Mit den fünf Musterfällen solle nun erreicht werden, daß endlich auch die Hintermänner belangt würden, Vorbild dafür seien die Mauerschützenprozesse.

Rechtsanwalt Konrad Menz stellte die juristische Vorarbeit dar. Das juristische Team mit dem Experten für Internationales Strafrecht, Prof. Dr. Albin Eser, mußte prüfen, ob hier deutsches Recht zur Anwendung kommen könne, weil die Taten nicht auf deutschem Boden begangen wurden. Weiter galt es, die Verjährung zu beachten. Prof. Eser habe in einem Gutachten Mordmerkmale festgestellt, so daß eine Verjährung nicht eintreten könne. Die Entwicklung der deutschen Rechtsprechung im Rahmen der KZ-Fälle zeige überdies, daß ein unmittelbares Handeln für die Verurteilung nicht mehr zwingend erforderlich sei. Allerdings führe man in Deutschland keine Prozesse in Abwesenheit, so daß sich die Frage einer Auslieferung stelle. Dies müsse dann auf politischer Ebene geklärt werden. ✖

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Wenn guter Rat teuer ist...

### Überblick über die Beratungs- und Prozeßkostenhilfe

Die Verfassung garantiert jedem Bürger die Gleichheit vor dem Gesetz. Das bedeutet, daß niemand aus finanziellen Gründen daran gehindert sein darf, seine Rechte wahrzunehmen. Um dies auch tatsächlich gewährleisten zu können, stehen sowohl die Beratungshilfe als auch die Prozeßkostenhilfe zur Verfügung.

#### Was ist Beratungshilfe?

Beratungshilfe bedeutet, daß sich der Ratsuchende an jemanden wenden kann, der fachkundige Auskunft gibt. Dazu ge-



Foto: N. Radlitz

Den letzten Cent fürs Gericht? Das muß nicht sein...

hören neben Rechtsanwälten auch Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer. Sofern ein Rat nicht ausreichend ist, umfaßt die Beratungshilfe auch die Vertretung, zum Beispiel das Verfassen von Briefen zur Darstellung des Standpunktes.

#### Wer bekommt Beratungshilfe?

Beratungshilfe wird grundsätzlich demjenigen gewährt, der auch Prozeßkostenhilfe bekäme. Das heißt also demjenigen, dessen finanzielle Möglichkeiten es nicht zulassen, einen Prozeß zu führen.

Beratungshilfe wird für Rechtsstreitigkeiten aus allen Rechtsbereichen gewährt. Dazu gehört auch das Sozialrecht, welches insbesondere in Hinblick auf Streitigkeiten mit den Versorgungsämtern relevant ist, sowie auch in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten.

Die Beratungshilfe erhält außerdem nur derjenige, der nicht mutwillig handelt. Das bedeutet, daß auch jemand, der finanziell besser gestellt ist, sich in der gleichen Situation fachkundigen Rat einholen würde. Es dürfen außerdem keine anderweitigen Möglichkeiten für den Ratsuchenden bestehen bzw. deren

Wahrnehmung darf dem Betroffenen nicht zumutbar sein.

#### Wie erhält man die Beratungshilfe?

Zunächst muß der Sachverhalt einem Rechtspfleger beim zuständigen Amtsgericht geschildert werden. Hier müssen auch die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dargelegt werden. Zum Teil wird das Amtsgericht selbst beratend tätig, in anderen Fällen stellt dieses einen Berechtigungsschein aus. Mit diesem kann sodann eine Beratungsperson eigener Wahl aufgesucht werden. Ein Antrag auf Beratungshilfe kann auch nachträglich schriftlich beim Amtsgericht gestellt werden, wenn bei der gewünschten Beratungsperson bereits die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse dargelegt worden sind und um Beratungshilfe gebeten wurde. Die Beratungspersonen sind zur Beratungshilfe verpflichtet. Eine Ablehnung darf nur im Einzelfall und aus wichtigem Grund erfolgen.

Aus dem Antragsformular geht hervor, welche Angaben Sie zwingend machen müssen, dazu gehört selbstverständlich die Darlegung der Vermögensverhältnisse. Dieses Formular erhalten Sie bei den Amtsgerichten, aber auch bei den Beratungspersonen oder als Download im Internet.

Sollte der Antrag auf Beratungshilfe abgelehnt werden, haben Sie die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen den Rechtsbehelf der Erinnerung einzulegen.

Für die Beanspruchung der Beratungshilfe entstehen Kosten in Höhe von 15 €.

#### Was ist Prozeßkostenhilfe und wer erhält sie?

Nicht jede Angelegenheit läßt sich außergerichtlich lösen, ein gerichtlicher Rechtsstreit ist jedoch in der Regel mit erheblichen Kosten verbunden.

Deshalb erhält jede Person Prozeßkostenhilfe, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozeßführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann. Das bedeutet, man kann völlig von der Zahlung der Gerichtskosten befreit werden

oder auch zur Zahlung von Raten verpflichtet werden.

Erforderlich ist weiterhin, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat und nicht mutwillig erfolgt.

Hinsichtlich der Erfolgchancen können sich Probleme bei den Rehabilitierungsverfahren von ehemaligen Heimkindern der DDR ergeben. Bei der Rehabilitation von ehemaligen Heimkindern ist die hinreichende Erfolgsaussicht zu bejahen, wenn eine politische Verfolgung oder ein sonstiger sachfremder Zweck der Einweisung plausibel vorgetragen wird. Dies gilt sogar auch dann, wenn der Antragsteller seinen Tatsachenvortrag nicht schlüssig darlegt, aber weitere Ermittlungen möglicherweise erfolversprechend sind. Eine hinreichende Erfolgsaussicht wird jedoch abgelehnt, wenn der Antrag sich allein auf die menschenunwürdigen Unterbringungsbedingungen stützt, da dies nach Ansicht der Rehabilitierungsgerichte nicht zu einer Rehabilitation führt.

#### Welche Kosten übernimmt die Prozeßkostenhilfe?

Von der Prozeßkostenhilfe werden, entsprechend dem einzusetzenden Einkommen, voll oder teilweise der eigene Beitrag zu den Gerichtskosten und die Kosten des eigenen Anwalts getragen. Dabei hat die Prozeßkostenhilfe keinerlei Einfluß darauf, welche Kosten möglicherweise an den Gegner zu erstatten sind. Das bedeutet, daß jemand, dem Prozeßkostenhilfe bewilligt wurde und der den Prozeß verliert, die Kosten der Gegenseite tragen muß.

#### Wie erhält man die Prozeßkostenhilfe?

Um die Prozeßkostenhilfe zu erhalten, muß bei dem Prozeßgericht ein Antrag gestellt werden, in dem der streitige Sachverhalt unter Angabe von Beweismitteln darzustellen ist. Eine Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist dem Antrag ebenso beizulegen. Bei dem Beantragen von Prozeßkostenhilfe helfen Ihnen die beratenden Anwälte gern weiter.

Guter Rat muß also nicht zwingend teuer sein. Wenden Sie sich rechtzeitig an einen Anwalt ihres Vertrauens, um die finanziellen Hürden des Rechtsstreits zu meistern.

Martha Wedra, Juristin


## Zwangsarbeiter aus Nord-Korea

(bv) Die Projektgruppe „Skaven des Systems“ des Asienzentrums der Universität Leiden hat in diesem Jahr erste Ergebnisse einer Studie über nordkoreanische Zwangsarbeiter in Europa präsentiert. Dabei stellten die Wissenschaftler unter Leitung des Nord-Korea-Historikers Remco Breuker fest, daß die Zahl der Zwangsarbeiter aus Nord-Korea weiter steigen könnte. „Die große Zahl von nordkoreanischen Arbeitern im Ausland legt nahe, daß der Staat ein neues ausgeklügeltes Instrument besitzt in seinem Kampf, seine Wirtschaft vor dem Kollaps zu bewahren“, schreiben die Wissenschaftler.

Nord-Korea leiht seine Arbeiter inzwischen an mehr als 40 Länder aus. Laut einem UN-Bericht arbeiten weltweit rund 50 000 nordkoreanische Zwangsarbeiter, die meisten in Asien und Afrika. Die Arbeit in der Europäischen Union aber ist besonders wichtig für das nordkoreanische Regime, weil dort verhältnismäßig wenige Arbeitskräfte die höchsten Einnahmen einbringen: ca. 31 800 Euro pro Arbeiter und Jahr. Insgesamt nimmt die mit Sanktionen belegte Diktatur weltweit durch Zwangsarbeiter

schätzungsweise bis zu zwei Milliarden Euro pro Jahr ein.

Mit den Zwangsarbeitern exportiert Nord-Korea auch sein unmenschliches Unterdrückungssystem, berichtet die Projektgruppe „Skaven des Systems“. Die Arbeiter werden in Gruppen zusammengehalten und von Vorarbeitern bewacht, die auch ihren Lohn kassieren. Nord-Korea exportiere „effektiv eine in sich geschlossene Mikro-Version des Überwachungs- und Arbeitssystems der Volksrepublik in eine fremde Umgebung“, heißt es in dem Bericht. „Einzelne Arbeiter wissen nicht über die Höhe ihres Lohns Bescheid, dürfen kein Bankkonto haben und erhalten nur selten nennenswerte Barzahlungen“, schreibt die Projektgruppe.

Trotz der sklavenähnlichen Bedingungen sind die Arbeitsplätze im Ausland in Nord-Korea sehr begehrt. „Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Nord-Korea Bestechungsgeld gezahlt wird, damit man für einen Posten im Ausland in Betracht kommt“, heißt es in dem Bericht. Denn die Bedingungen für vergleichbare Arbeiten in Nord-Korea sind weitaus schlimmer. 

## Illegale Organentnahme


(PM) Ein neuer Untersuchungsbericht über die Organtransplantations-Industrie in China ist auf große Beachtung im Europäischen Parlament gestoßen. Die drei Autoren – der kanadische Ex-Staatssekretär David Kilgour, der Menschenrechtsanwalt David Matas und der investigative Journalist Ethan Gutmann aus den USA – stellten das 680 Seiten umfassende Werk Ende Juni 2016 bei einer Anhörung im EU-Parlament vor.

Zwölf Mitglieder des Europäischen Parlaments aus fünf politischen Gruppierungen hatten Ende April 2016 eine schriftliche Erklärung initiiert, in der sie u.a. eine unverzügliche unabhängige Untersuchung des fortgesetzten Handels mit menschlichen Organen in der Volksrepublik China forderten.

Die Ergebnisse fassen eine zehnjährige detaillierte und akribische Ermittlungsarbeit der Autoren zusammen und stützen sich auf über 2300 Quellenangaben aus medizinischen Fachzeitschriften,

Web-Seiten von Krankenhäusern, Web-Archiven und Medienberichten. Auch die Anzahl der Transplantationen, die Bettenkapazitäten der Krankenhäuser und die Ausbildung des in die Verbrechen verwickelten medizinischen Personals wurden bei den Nachforschungen eingehend untersucht.

Der Bericht zeigt, daß Organraub an Gewissensgefangenen in China in großem Maßstab stattfindet, institutionell sanktioniert wird und sich unter Beteiligung der chinesischen Regierung und der Behörden vollzieht. Die Autoren gehen sowohl auf die verblüffend kurzen Wartezeiten für ein Organ in den chinesischen Transplantationskliniken ein als auch auf die große Anzahl der Organtransplantationen im Verhältnis zu der sehr geringen Anzahl der Spender in China.

Die geschätzte Zahl der in China seit 15 Jahren illegal durchgeführten Transplantationen liegt bei anderthalb Millionen. 


## Aufarbeitung in Tschechien

(rp) Zu kommunistischen Zeiten haben Exil-Tschechen eine große Zahl unterschiedlicher Zeitungen, Zeitschriften und weiterer Schriften herausgegeben. Eines der renommiertesten Periodika hieß „Západ“ (dt. „Der Westen“). Das Prager Institut für das Studium totalitärer Regime hat die bedeutendsten über Jahre digitalisiert und alle Ausgaben im Internet frei zur Verfügung gestellt, Ende 2015 auch „Západ“.

Die Zeitschrift erschien von 1979 bis 1991 in Kanada, ihre Leser fand sie aber in der ganzen Welt. Nach Möglichkeit wurden die Exemplare auch in die ČSSR geschmuggelt. Der Titel „Západ“ sollte darauf verweisen, wohin das Land eigentlich kulturell gehöre: nämlich nicht ins sozialistische Osteuropa.

„Západ“ bot den Lesern u.a. umfangreiche und vor allem unabhängige Nachrichten aus der ČSSR. In der Februar-Ausgabe 1980 erschien z.B. die komplette Mitschrift eines Gerichtsprozesses gegen eine Gruppe von Dissidenten, der im November zuvor in Prag stattgefunden hatte. Die Anklage lautete auf „Untertwanderung der Republik“, die Angeklagten hatten ein „Komitee zum Schutz ungerecht Verfolgter“ gegründet. Damit wollten sie auf die Verstöße gegen die Menschenrechte in der ČSSR aufmerksam machen.

Natürlich galt solches Engagement als verboten, und die Angeklagten wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Obwohl es nicht erlaubt war, sich bei der Gerichtsverhandlung Notizen zu machen, gelangte die Mitschrift bis nach Kanada.

Die letzte Ausgabe von „Západ“ erschien 1991. Die Herausgeber stellten die Exilzeitschrift ein, weil die Pressefreiheit in ihrer Heimat wieder eingeführt worden war. 

### Grotewohl-Expres

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expres“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (0 30) 98 60 82 30

**Hintergrund****Vom Milliarden-Kredit zum Untergang der DDR**

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß 1983 gewährte Finanzhilfe an Ost-Berlin bewahrte das Regime vor einer Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem westlichen Ausland, ohne diese hätte es seine Schulden nicht pünktlich zurückzahlen können.

Oberflächlich betrachtet, stärkte der Milliarden-Kredit das DDR-System und verlängerte zugleich die weitere Unfreiheit für dessen Bevölkerung. So haben es damals auch viele Politiker im Westen gewertet. Strauß allerdings wußte, daß trotz aller SED-Propaganda von angeblich ständiger Übererfüllung der Wirtschaftspläne sowie der Hochstapelei von der „zehntstärksten Industrienation der Welt“ der Lebensstandard in der DDR ständig zurückging. Jeder Reisende, der dorthin fuhr, konnte das – sofern er den wirtschaftlichen Zustand überhaupt sehen wollte – überaus leicht feststellen.



Foto: Rainer Mittelstädt

Franz Josef Strauß und Erich Honecker auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1987.



Foto: Lorraine

Pietà für die Verteidiger des Fernsehturms Vilnius.

Das Bild von der UdSSR im Westen spiegelte indes lediglich deren massive Aufrüstung wider. Obwohl man selbst öffentlichen sowjetischen Quellen entnehmen konnte, daß Moskau alljährlich Gold im Wert von etlichen Milliarden auf den Weltmarkt warf zum Ankauf von Getreide, Fleisch und Butter, übersah man den ökonomischen Niedergang des Riesenreiches. Daß dieser ebenfalls auf die „brüderliche Hilfe“ für die DDR nicht ohne Einfluß bleiben würde, war bei genauerem Nachdenken zumindest zu erahnen. Angesichts dieser Situation bewilligte Strauß den Kredit in der eindeutigen Absicht, die DDR von der Bundesrepublik finanziell möglichst abhängig zu machen und sie auf diesem Wege zu weiteren menschlichen Erleichterungen zu zwingen. Ob er dabei auch die Wiedervereinigung im Blick hatte, ist nach mehreren seiner damaligen Äußerungen eher zu bezweifeln.

Weiter dachte der Bundesnachrichtendienst. Eine Ablehnung des Kredits hätte die schon damals katastrophale Versorgungslage der DDR zusätzlich verschärft, und die zu erwartenden verstärkten Importbeschränkungen des Westens wären letztlich zu Lasten der DDR-Bevölkerung gegangen. Angesichts der zunehmenden Verbitterung der Menschen drohten gewaltige Unruhen, selbst ein erneuter Volksaufstand erschien nicht völlig unmöglich, zumal selbst unter Gorbatschow die russischen Panzer wie einst in Ost-Berlin, Budapest und Prag mit großer Brutalität vorgingen, das Blutbad beim Sturm auf den litauischen Sender Vilna ist nur ein Beispiel.

Bei einer solchen Situation in der DDR würde der Westen wie schon früher nicht eingreifen und die Menschen jen-

seits der Berliner Mauer nach all den erlebten Enttäuschungen gerade auch über Westdeutschland den Glauben an

**Der Blutsontag von Vilnius**

Moskau war nicht bereit, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten hinzunehmen und reagierte in der Zeit vom April bis Mai 1990 mit einer Rohstoffblockade, die die Wirtschaft Litauens lähmte. Am 10. Januar 1991 forderte Generalsekretär Michail Gorbatschow das kommissarische Staatsoberhaupt Litauens Vytautas Landsbergis auf, die sowjetische Verfassung anzuerkennen und damit auf die Unabhängigkeit zu verzichten. Am 13. Januar 1991, dem Vilniusser Blutsontag, versuchten moskau-treue Kräfte sich mit Unterstützung sowjetischer Militärs an die Macht zu putschen. Dabei starben insgesamt 14 unbewaffnete Zivilisten, die Parlament und Fernsehturm in Vilnius verteidigten, über 1000 wurden verletzt.

Die Gewalt des Vilniusser Blutsontages stand im deutlichen Gegensatz zu der Gewaltlosigkeit des vorangegangenen Unabhängigkeitsprozesses und machte deutlich, daß die Unterdrückungsmechanismen der Sowjetunion auch in der Zeit von Perestrojka und Glasnost noch wirksam waren. Letztlich führten die Demonstrationen in Litauen wie im gesamten Baltikum zur Unabhängigkeit der dortigen Staaten.

die Wiedervereinigung sicherlich vollständig verlieren. Auf die Frage eines kritischen Journalisten antwortete der damalige BND-Präsident am Telefon wörtlich: „Wir müssen die DDR über Wasser halten!“

Heute, so analysierte damals Pullach, würden die Panzer Moskaus noch schießen, aber es käme schon in wenigen Jahren zwangsläufig der Tag, an dem die UdSSR durch ihre rückständigen wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen so geschwächt sei, daß sie sich zu sehr tiefgreifenden ökonomischen Reformen, aber ebenfalls zu einer politischen Öffnung gegenüber der westlichen Welt veranlaßt sehen würde. Bei einem erneuten Einsatz von Panzern aber wäre die nötige Glaubwürdigkeit der neuen Politik Moskaus, zu der die KPdSU-Führung im Interesse der Existenz ihres eigenen Staates geradezu gezwungen wäre, völlig verlorengegangen. Ihr einziges Faustpfand, die DDR, hätte dem gegenüber seinen

Wert eingebüßt. Ost-Berlin war ohnehin wirtschaftlich zum Ballast geworden.

Wie man heute weiß, hatte Gorbatschow bereits 1988 Honecker überdeutlich erklärt, bei Unruhen in der DDR würde Rußland in keiner Weise mehr eingreifen. Die Rechnung des Bundesnachrichtendienstes war aufgegangen. Den letzten Beweis lieferte das passive Verhalten der

„für den Kreml völlig überraschend“. Zuvor fand jedoch noch ein weiteres einschneidendes Ereignis statt: der Sturz Erich Honeckers.

Während der Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung konnten viele Geheimnisse über die DDR-Diktatur aufgedeckt werden, nicht wenige Interna freilich liegen immer noch im dunkeln.

So sind etliche Hintergründe des Abgangs Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 weitgehend unbekannt geblieben oder vielleicht auch vergessen worden. Wer erinnert sich noch an die Tatsache, daß die „Bild“-Zeitung (allerdings nur die West-Berliner Ausgabe) rund zwei Wochen zuvor begann, in Schlagzeilen die Tage bis zu Honeckers Sturz zu veröffentlichen?

Im Gegensatz zu wahrscheinlich den meisten Lesern, welche die Meldung in dem Boulevard-Blatt als Zeitungssente oder Werbegag abtaten, wurde ein Redakteur im Abhördienst der „Deutschen Welle“ in Köln hellwach: Er glaubte an den, von „Bild“ sicherlich sehr

sorgfältig überprüften Wahrheitsgehalt der täglichen Zahlenangabe. Bei einer Falschmeldung wären die Blamage und der Auflagensturz der Zeitung zu groß gewesen. Die Vermutung, es handle sich um eine gelenkte Presseaktion des Bundesnachrichtendienstes, lehnten er und zwei DDR-Experten im benachbarten „Deutschlandfunk“ ab, denn warum sollte der BND durch jene Veröffentlichung noch in den letzten Tagen des SED-Systems seine dortigen geheimen Quellen gefährden? Ebenso verneint wurde angesichts des Gefährdungsgrades die Annahme, innerhalb des Politbüros der SED hätte jemand die Meldung in den Westen lanciert.

Erst später, auf manchen Umwegen, die auch den Deutschlandkorrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ mit seinen zweifellos vorhandenen Verbindungen zum Schweizer Nachrichtendienst und auch zum BND berührten, konnte der Urheber ermittelt werden: Es war der

## Die Vorbereitung

Am Ende einer Krisensitzung am 10. und 11. Oktober 1989 forderte das SED-Politbüro Honecker auf, bis Ende der Woche einen Lagebericht abzugeben, der geplante Staatsbesuch in Dänemark wurde abgesagt und eine Erklärung veröffentlicht, die Egon Krenz gegen den Widerstand Honeckers durchgesetzt hatte.

Ebenfalls überwiegend auf Initiative von Krenz folgten in den nächsten Tagen Besprechungen und Sondierungen zu der Frage, Honecker zum Rücktritt zu bewegen. Krenz sicherte sich die Unterstützung von Armee und Stasi und arrangierte ein Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Politbüromitglied Harry Tisch, der den Kremlchef am Rande eines Moskaubesuchs einen Tag vor der Sitzung über die geplante Absetzung Honeckers informierte.

Gorbatschow wünschte viel Glück, das Zeichen, auf das Krenz und die anderen gewartet hatten. Auch SED-Chefideologe Kurt Hager flog am 12. Oktober 1989 nach Moskau und besprach mit Gorbatschow die Modalitäten der Honecker-Ablösung. Hans Modrow dagegen wich einer Anwerbung aus.

Besatzungsarmee bei den Demonstrationen am 9. Oktober 1989 in Leipzig. Der Glaube der DDR-Führung und besonders der Staatssicherheit, schon aus „ideologischer Solidarität“ würden die Genossen im Kreml den „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden“ bis zur letzten Kalaschnikow verteidigen – den auch manche Kreise in der Bundesrepublik pflegten –, war ein naiver Irrglaube.

Am 3. November 1989 schließlich erklärte Gorbatschow auf der Sitzung des Politbüros der KPdSU: „Du hoffst, daß Krenz sich halten wird? Aber ohne Hilfe der BRD werden wir sie [die DDR] sowieso nicht über Wasser halten können.“ Darauf entgegnete Schewardnadse: „Die ‚Mauer‘ sollten sie lieber selbst beseitigen.“

Daß nur sechs Tage danach die Deutschen selber den „antifaschistischen Schutzwall“ stürzten, steht damit nicht, wie viele glauben, in Verbindung. Inzwischen ist bekannt, sein Fall kam selbst



April 1986: Gorbatschow und Honecker auf dem XI. Parteitag der SED.

„freie Journalist“, in Wahrheit jedoch der KGB-Oberst Vitalij Michailowitsch Lui aus London (allgemein als „Victor Louis“ bekannt), der die Neuigkeiten der „Bild“ in West-Berlin zugespielt hatte, wo man ihn für glaubwürdig hielt. Dabei war er ein Spitzen-Mann in der Desinformationsabteilung des

## Der Kampf

Die für Ende November 1989 geplante Sitzung des ZK der SED wurde auf Ende der Woche vorgezogen, dringendster Tagesordnungspunkt: die Zusammensetzung des Politbüros. Per Telefon versuchten Krenz und Erich Mielke am Abend des 16. Oktober, weitere Politbüromitglieder für die Absetzung Honeckers zu gewinnen. Zu Beginn der Sitzung des Politbüros vom 17. Oktober 1989 fragte Honecker routinemäßig: „Gibt es noch Vorschläge zur Tagesordnung?“ Willi Stoph meldete sich und schlug als ersten Punkt der Tagesordnung vor: „Entbindung des Genossen Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär und Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär“. Honecker schaute zuerst regungslos, faßte sich aber rasch wieder: „Gut, dann eröffne ich die Aussprache.“ Nacheinander äußerten sich alle Anwesenden, doch keiner machte sich für Honecker stark. Günter Schabowski erweiterte sogar den Antrag und forderte die Absetzung Honeckers auch als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Selbst Günter Mittag rückte von ihm ab. Alfred Neumann wiederum forderte die Ablösung von Mittag und von Joachim Herrmann. Angeblich soll Erich Mielke Honecker für fast alle aktuellen Mißstände in der DDR verantwortlich gemacht und Honecker schreiend gedroht haben, kompromittierende Informationen, die er besitze, herauszugeben, falls Honecker nicht zurücktrete.

sowjetischen Spionagedienstes, der die kritischen Bücher der Tochter Stalins rund um die Welt diffamiert hatte. Seine jetzige Kampagne dürfte kaum Zufall gewesen sein: Nur zwei Tage zuvor, am 6./7. Oktober, hatte Gorbatschow gegenüber SED-Spitzenfunktionären unüberhörbar geäußert, Honecker sei



„nicht mehr in der Lage, die DDR weiter zu leiten“.

Eine knappe Woche vor jenem angekündigten Termin begann man in Köln mit den Formulierungen des Kommentars zum bevorstehenden 18. Oktober. Es stellte für die DDR-Kenner kein Geheimnis dar, daß ein Egon Krenz die Nachfolge antreten würde. Ebenso war der im Ostblock übliche Rücktrittsankündigung „aus gesundheitlichen Gründen“ zu erwarten. Lediglich der erste Satz der vorgesehenen Sendung blieb offen, um an jenem Tage auf die offizielle Erklärung aus Ost-Berlin kurz eingehen zu können.

Als dann am 18. Oktober um 14.12 Uhr der DDR-Fernschreiber mit der erwarteten



Berliner Mauer am 3. Oktober 1990.

Verkündung von Honeckers Ende begann, dauerte es nur wenige Minuten, bis der Kommentar aus Köln erstmals nach „drüben“ ausgestrahlt wurde. Arbeiteten am Rhein freie Journalisten, mußten ihre Kollegen jenseits der Berliner Mauer in ihrem Kollektiv erst über Art und Weise ihrer Darstellung beraten. Die Menschen in der DDR erfuhren Honeckers politischen Untergang daher auch als erstes aus dem Westen, nicht von ihren eigenen Medien. Als in jenen Tagen bundesdeutsche Korrespondenten im Osten dortige Funktionäre auf diesen Umstand hinwiesen, antworteten manche

resignierend: „Der Westen weiß sowieso alles.“ – Was natürlich auch nicht zutraf.

Victor Louis' weiteres Schicksal ist unbekannt. Selbst seitdem erschienene Bücher über den KGB erwähnen seinen Namen nicht. Ob er zum MI6 oder zur CIA überlief, ob er überhaupt noch lebt? Was war

## Das Ende

Nach drei Stunden fiel der einstimmige Beschluß des Politbüros. Honecker votierte, wie es Brauch war, für seine eigene Absetzung. Dem ZK der SED wurde vorgeschlagen, Honecker, Mittag und Hermann von ihren Funktionen zu entbinden. Bei der folgenden ZK-Sitzung waren 206 Mitglieder und Kandidaten anwesend. Lediglich 16 fehlten, darunter Margot Honecker. Das ZK folgte der Empfehlung des Politbüros. Die einzige Gegenstimme kam von der 81jährigen Hanna Wolf, der früheren Direktorin der Parteihochschule „Karl Marx“. Öffentlich hieß es: „Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden.“ Egon Krenz wurde per Akklamation einstimmig zum neuen Generalsekretär der SED gewählt. Am 20. Oktober 1989 mußte auch Margot Honecker von ihren Ämtern zurücktreten.

Quellen: wikipedia

sein und seiner Vorgesetzten Motiv, den Westen über den bevorstehenden Rücktritt Honeckers zu informieren? Wollte er auf diese Weise die Bonner Politik darauf vorbereiten oder dokumentieren, wer letztlich immer noch die Macht in der DDR besaß? Diese Fragen sind bis heute Rätsel – und werden es wohl auch bleiben. 🇩🇪

## Abgespeist mit Worten

Zwangsaussiedlungen von 3500 Menschen aus dem Grenzgebiet der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober vor 55 Jahren

Als die SED am 13. August 1961 die Mauer baute und die eigenen Bürger einsperrte, begann sie auch mit der Vorbereitung einer neuen Aktion „Ungeziefer“ in dem Sperrgebiet an der Grenze.

Unter höchster Geheimhaltung, extrem konspirativ und nur unter Einbeziehung von ausgewählten SED-Spitzenkadern, Stasi-, Polizei- und Armeeoffizieren auf allen Ebenen wurden die Aktionen minutiös vorbereitet. Ziel der Aktion war die Aussiedlung von „bürgerlichen und unsicheren Elementen“ – darunter von erfolgreichen und geachteten Alteingesessenen und Selbstständigen mit ihren Familien. Das zweite für die SED wichtige Ziel war die Einschüchterung der restlichen Bevölkerung an der Grenze.

Parteilose Ratsmitglieder in den betroffenen Orten wurden erst am Tag der Aktion, morgens um 5 Uhr, informiert

und zum Schweigen verpflichtet. Selbst die zur „Hilfe“ auf den LKW wartenden Kampfgruppen wurden erst in den Morgenstunden informiert.

Die Aktionen der SED ohne Rechtsgrundlage im Mai/Juni 1952, am 3. Oktober 1961 und bei weiteren Einzelaktionen waren politisch motiviertes Unrecht der SED an fast 12 000 Menschen.

Führende Historiker und Juristen bestätigten, daß die Zwangsaussiedlungen im Widerspruch zur DDR-Verfassung und weiterer Gesetze standen sowie gegen die meisten Artikel der internationalen Menschenrechtskonvention verstießen, also schwerstes Unrecht waren.

Trotz aller Gerüchte unter den Einwohnern im Vorfeld ahnte niemand, was auf ihn zukam. Früh am Morgen des 3. Oktober klingelte es Sturm und jeweils ein

Uniformierter mit mehreren Begleitern verkündete die Nachricht: „Sie haben zu Ihrem eigenen Schutz die Sperrzone zu verlassen! Sie haben vier Stunden Zeit, Ihre Privatsachen auf die bereitstehenden LKW zu verladen. Alles, was zum Gewerbe gehört, wird versiegelt und bleibt vor Ort.“

Für zwölf Stunden stand jeder Betroffene an diesem Tag unter Bewachung. Viele Opfer kamen, wie auch wir, in prekäre, unzumutbare und nicht nutzbare „Wohnverhältnisse“. Der Neuanfang dauerte eine lange Zeit und das Umfeld war für die Betroffenen von der Partei zersetzt und vergiftet. Allen Betroffenen wurde Schweigen verordnet.

Sie verloren alles, ihre Arbeit, ihr Auskommen, Grundeigentum, Umfeld, ihre Freunde; viele auch ihre Angestellten und Kunden. Und vor allem verloren sie

ihre über Generationen angestammte Heimat.

Die Universität Greifswald hat in einer medizinischen Studie ermittelt, daß der Anteil der nachhaltig psychisch gestörten und traumatisierten Betroffenen in dieser SED-Opfer-Gruppe in der gleichen Größenordnung wie bei den Haftopfern liegt – bei über 60 Prozent.

### Stand der Unrechtsbereinigung für diese Opfergruppe

Das Verbrechen der politisch organisierten, verfassungswidrigen Deportation juristisch unschuldiger Menschen wurde vom Bundesministerium für Justiz als „Verwaltungsunrecht“ eingestuft. Scheinbar ist ein demokratisches Rechtssystem unfähig, Diktaturverbrechen aufzuarbeiten!

– Nur ein kleiner Anteil der Opfer bekam Rückübertragung oder die Möglichkeit zum Rückkauf ihres Grundeigentums.

– Nur in Thüringen erhielten Betroffene eine bescheidene einmalige Entschädigung.

Und das war schon alles. Das „Recht auf Entschädigung nach dem Unrechtsbereinigungsgesetz 2“ haben 436 Betroffene eingefordert – und alle Anträge wurden abgelehnt! Laut Meinung der „Gutachter“ hat „es keine individuelle politische Verfolgung“ gegeben.

Angesichts dieser prekären Situation der Betroffenen, von denen nur noch ca. 1000 leben, hat die Betroffene Inge Bennewitz (Koautorin des Sachbuches „Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze“, v. Inge Bennewitz u. Rainer Potratz, 4. Aufl. 2012) mit den Unterschriften vieler Unterstützer eine Petition zur Einbeziehung der Zwangsausgesiedelten in die Opferpension beim

Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eingereicht. Auch die UOKG hat eine inhaltlich gleiche Petition eingereicht.

Diese Petition ist vom Petitionsausschuß abgelehnt worden. Die Ablehnung enthält Begründungen, die sachlich nicht richtig, z.T. sehr fragwürdig und unter Verwendung von Unterstellungen formuliert sind. Der anonyme Verfasser des Bundesministeriums der Justiz geht auf konkrete Argumente kaum ein. Vermutlich sind Grund-Irrtümer fest verankert: Die Grundstücke wären für die Grenzsicherung gebraucht worden, die Zersetzung wird angezweifelt, es wird für Zwangsausgesiedelte kein „negativer Leumund wie für Haftopfer“ anerkannt, verdeckte Maßnahmen des MfS bei Zwangsausgesiedelten seien mit



Erinnerungsbuch von Ernst-Otto Schönemann über die Zwangsausiedlung 1961.

der qualitativ anderen Intensität rechtsstaatswidriger Freiheitsentziehung nicht gleichzusetzen usw. Es werden realitätsferne Behauptungen aufstellt. (s.a. oben erwähntes Sachbuch und Standardwerk sowie das Erinnerungsbuch „Der Wurzeln beraubt – Zwangsausiedlung 1961 und die Folgen“, v. E.-O. Schönemann, OEZ-Verlag Berlin)

Der achtlose Umgang mit den Zwangsausgesiedelten seit 1990, die über lange Monate und Jahre physisch und psychisch schwer gelitten haben, zeigt sich daran, daß man sie mit Worten abspeist. Bei einer Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbei-



Ehepaar Schönemann mit Sohn 1960, zwangsausgesiedelt 1961 aus Lenzen/Elbe.

tung am 2. Dezember 2014 stellte der Experte Dr. Johannes Wasmuth treffend und kritisch fest, daß es für die von der innerdeutschen Grenze Vertriebenen keine Folgeansprüche gibt: „...die kriegen ein Stück Papier und das ist es!“

Resignation und tiefe Enttäuschung sind die Folge. Die Zwangsausgesiedelten hatten große Hoffnung auf die Wiedervereinigung und eine zügige Wiedergutmachung gesetzt, weil ihr Schicksal per Verordnung vom 26. Mai 1952 an die Teilung gebunden war. Die Resignation der Zwangsausgesiedelten hat ihre psychische Situation nach 1990 weiter vertieft.

### Zum Schluß eine Frage an die Politik

Für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten werden in diesem Jahr zig Milliarden Euro bereitgestellt – was wir verständnisvoll *nicht* kritisieren, aber es stellt sich die Frage: Gibt es dann nicht auch eine Verantwortung der Politik für die Vertriebenen im eigenen Land, für die von der SED konspirativ und zersetzend psychisch und physisch hart Betroffenen?

Es geht um bescheidene 6 Millionen Euro im Jahr!

Die Politik setzt aber lieber auf die biologische Lösung.

Und wie lautet der letzte Satz der Ablehnung?

Wenn man die Opferrente den Zwangsausgesiedelten gewähre, würden weitere Opfergruppen Ansprüche stellen.

Ernst-Otto Schönemann

### Aktion „Festigung“ am 3. Oktober 1961

Die Aktion wurde von den Einsatzleitungen in den Bezirken verschieden genannt, wie z. B.: im **Bezirk Erfurt** „Aktion Kornblume“, im **Bezirk Magdeburg** „Aktion Neues Leben“, im **Bezirk Suhl** „Aktion Blümchen“, im **Bezirk Karl-Marx-Stadt** „Aktion Frische Luft“, im **Bezirk Gera** „Aktion Grenze“ und in den **Bezirken Rostock** und **Schwerin** „Aktion Osten“.

Quelle: wikipedia

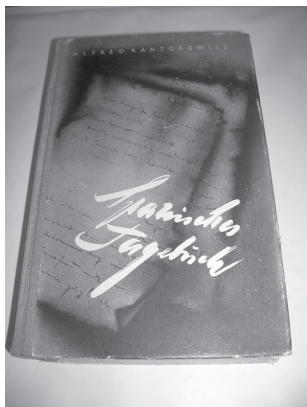
# Alfred Kantorowicz und der Spanische Bürgerkrieg

Die beiden Fassungen des Kriegstagebuchs

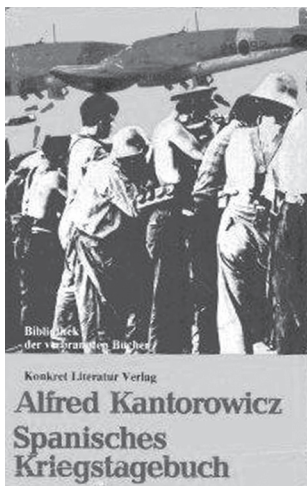
Von Jörg Bernhard Bilke

Im Sommer 1956, zwei Jahrzehnte nach Beginn des Spanischen Bürgerkriegs am 17. Juli 1936, fand in Ostberlin, der Hauptstadt des SED-Staates, eine merkwürdige Ehrung statt: Neben Hunderten von überlebenden Spanienkämpfern, die wegen ihres tapferen Einsatzes 1936/39 auf republikanischer Seite ausgezeichnet werden sollten, wurden auch Kommunisten geehrt, die nachweislich keinen einzigen Tag ihres Lebens an der Kriegsfront in Spanien verbracht hatten!

Darunter waren beispielsweise der „Spanienkämpfer“ Walter Ulbricht (1893–1973), der im französischen Exil gelebt hatte und 1938 nach Moskau emigriert war, der „Spanienkämpfer“ Stephan Hermlin (1915–1997), der von Palästina, wohin er aus Deutschland geflohen war, nach Spanien aufgebrochen, aber nie dort angekommen war, sondern in Paris den Ausgang des Bürgerkriegs abgewartet hatte, und der „Spanienkämpfer“ Erich Mielke (1907–2000), später DDR-Minister für Staatssicherheit (1957–1989), der immerhin als Hauptmann bei den Internationalen Brigaden registriert gewesen war, aber nicht an der Front gekämpft, sondern hinter der Front Anarchisten und Trotzlisten liquidiert hatte!



Ausgabe 1949.



Ausgabe 1979.

Das alles kann man nachlesen im zweiten Band des „Deutschen Tagebuchs“ (1961) des Ostberliner Literaturprofessors Alfred Kantorowicz (1899–1979), der 1936/38 in Spanien gekämpft, aber zwei Jahrzehnte später, im Sommer 1957, mit dem Kommunismus gebrochen hatte und nach Westberlin geflohen war.

## Niederlagen feiert man nicht

Der Spanische Bürgerkrieg, der 1939 mit einer verheerenden Niederlage für die republikanische Seite

endete, war kein Forschungsobjekt für die DDR-Geschichtsschreibung, obwohl 5000 Deutsche, vornehmlich Kommunisten und Sozialisten, in den Internationalen Brigaden gekämpft hatten. Hunderte von ihnen, die danach ins Exil gegangen waren, lebten wie Walter Janka (1914–1994), Leiter des Aufbau-Verlags 1953/56, nach 1949 im SED-Staat und bezogen hohe Versorgungsrenten und andere Vergünstigungen. Wer in Spanien gekämpft oder, nach DDR-Lesart, sein Leben im „Klassenkampf gegen den Faschismus“ eingesetzt hatte, war zeitlebens ein angesehener Mann, der noch im Rentenalter als Zeitzeuge gefragt war. Aber daß der Beitrag deutscher Kommunisten zum Spanischen Bürgerkrieg, anders als die gescheiterten Revolutionen von 1848/49 und 1918/19, kaum wissenschaftliche Aufarbeitung fand, hat seine Gründe: Niederlagen feierte man nicht! Und von den unbestechlichen Zeugen dieser Niederlage, die einer staatlich verordneten Heroisierung hätten widersprechen können, lebten 1959 noch 350 im SED-Staat.

Deshalb dürfte es kaum verwundern, daß das Kriegsgeschehen in Spanien 1936/39 in DDR-Geschichtsbüchern weitgehend ausgeblendet wurde. Im kümmerlich geratenen „Abriß der Spanienliteratur“ (1960), der der literarischen Aufarbeitung des Bürgerkriegs gewidmet war, wurden vornehmlich zwei Autoren behandelt, die heute längst vergessen sind: Bodo Uhse (1904–1963) und Eduard Claudius (1911–1976). Ihre beiden Spanien-Romane „Leutnant Bertram“ (1944) und „Grüne Oliven und nackte Berge“ (1945) wurden kaum gelesen und waren, anders als Anna Seghers' Widerstandsbuch „Das siebte Kreuz“ (1942), unbrauchbar für die Literaturagitation im Deutschunterricht an DDR-Schulen.

## Gekürzt und verstümmelt

Aber auch die Autoren, die als Kriegsteilnehmer authentische Berichte geliefert

hatten wie Ludwig Renn (1889–1979), Alfred Kantorowicz und Willi Bredel (1901–1964) waren politischen Pressionen ausgesetzt, weshalb ihre Werke nur gekürzt und verstümmelt erscheinen konnten.



Ausgabe 2016.

Am glimpflichsten kam noch Willi Bredel davon, der der Hamburger Arbeiterklasse entstammte und 1933 im Hamburger Konzentrationslager Fuhlsbüttel gesessen hatte. Als braver Parteisoldat, der in seinem Roman „Begegnung am Ebro“ (1939) aus „parteilicher Sicht“ über die Kämpfe berichtet und sich jeglicher Kritik an der Kriegsführung der Internationalen Brigaden enthalten hatte, blieb er mit seinem Spanien-Buch, das auch 1977 in die Gesammelten Werke aufgenommen wurde, unbehelligt, zumal er als Politikkommissar des Thälmann-Bataillons auch das „schädliche Wirken“ der Anarchisten und Trotzlisten schilderte.

Anders erging es Ludwig Renn, dessen Buch „Der spanische Krieg“ (1955) weitaus kritischer ausgefallen war und deshalb auch nur in gekürzter Fassung erscheinen konnte. Die vollständige Ausgabe wurde erst 2006 in Berlin veröffentlicht.

## Nicht das Spanienbuch, das wir brauchen

Der Berliner Jurist, Journalist und Redakteur Alfred Kantorowicz war 1931 der KPD beigetreten und 1933 nach Paris emigriert, wo er schon 1928/29 als Kulturkorrespondent der „Vossischen Zeitung“ gelebt hatte. Drei Jahre später zog er als Freiwilliger in den Spanischen Bürgerkrieg und kehrte 1938 nach Frankreich zurück, nach dem Kriegsausbruch im September 1939 konnte er im Juni 1940 aus Marseille im unbesetzten Frankreich in die Vereinigten Staaten fliehen. Anderen kommunistischen Emigranten wie Anna Seghers beispielsweise wurde dort das Asyl verweigert, weshalb sie

nach Mexiko ausweichen mußten. Sein „Spanisches Tagebuch“, das er im Exil in Südfrankreich nach Aufzeichnungen während des Bürgerkriegs geschrieben hatte, erschien 1948 im Ostberliner Aufbau-Verlag, damals bereits in gekürzter und verstümmelter Fassung. Warum die SED-Zensoren schon mit dieser ersten Fassung nicht zufrieden waren, das teilte uns der Verfasser im Vorwort zur zweiten Fassung mit, die in erweitertem Umfang 1966, zum 30. Jahrestag des Bürgerkriegs, in Köln erschien.

In einem Beschluß des Politbüros, dem höchsten Machtzentrum des SED-Staats, waren 1951 alle Kritikpunkte genannt, die dazu führten, daß das Buch nicht nur nicht in die 1945 gegründete „Bibliothek Fortschrittlicher Deutscher Schriftsteller“ aufgenommen wurde, sondern auch die zwei-

te Auflage, die mitten in der Auslieferung war, eingestellt wurde: „Es ist voller Schwächen und nicht das Spanienbuch, was wir brauchen. Das Buch ... ist aber zweifellos vom Gesichtswinkel der Intellektuellen aus geschrieben. Es läßt den Parteistandpunkt vermissen. Sowohl die Rolle der spanischen Kommunistischen Partei als auch der entscheidende Anteil der deutschen Kommunisten am spanischen Befreiungskampf bleiben nahezu unberücksichtigt.“



### Odyssee der Manuskripte

Zu dieser für den Autor unerträglichen „Mängelliste“, die auf blanker Unkenntnis des Buches beruhte, reagierte Alfred Kantorowicz mit berechtigtem Zorn. Der Brief mit den Vorwürfen einer „politisch verantwortlichen Stelle“, der ihm am 15. Dezember 1951 von Willi Bredel, dem Herausgeber der Bibliothek, zugestellt worden war, wurde erst acht Wochen später, am 12. Februar 1952, von ihm beantwortet.

Wir erfahren aber auch in diesem Vorwort, wie das Manuskript entstanden und über den Krieg gerettet wurde. So hätte der Verfasser „aus der amorphen Masse der Notizen“ ein Manuskript von „rund 800 Schreibmaschinenseiten“ gefertigt, von denen er „einen Durchschlag vor der zweiten Internierung im Hause meines Freundes Lion Feuchtwanger“ deponiert hätte. Sie gelangten im Gepäck des Schriftstellers auf der Flucht von Marseille 1941 ins kalifornische Exil, von wo sie dem Autor, der inzwischen in New York lebte, zugeschickt wurden. Eine zweite Kopie war von französischen Freunden in einer Ölhaut vergraben worden und konnte so dem Zugriff der Gestapo entzogen werden, auch diese Kopie wurde dem Autor nach Kriegsende wieder zugestellt.

### Krieg im Krieg

Durch den Zuwachs des stalinistischen Einflusses auf das republikanische Spanien konnten Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und Angehörige der Komintern eine massive Terrorwelle gegen die anarchistische CNT, die marxistische POUM oder echte und vermeintliche Trotzlisten lostreten. Sie wurden als „faschistisch-trotzkistische Spione“, als „fünfte Kolonne Francos“ oder als Defätisten diffamiert. Die Auseinandersetzungen gipfelten in den Maiereignissen von Barcelona, einem „Bürgerkrieg im Bürgerkrieg“ – ein interner Konflikt, der die Republik zusätzlich schwächte. Der sowjetische Geheimdienst NKWD ermordete im Namen des Antifaschismus mißliebige Mitkämpfer, die tatsächlich oder vermeintlich von der Moskauer Linie abwichen. Deutsche Spanienkämpfer, wie Artur Becker, fielen auf Grund gezielter Hinweise aus den eigenen Reihen den Leuten Francos in die Hände.

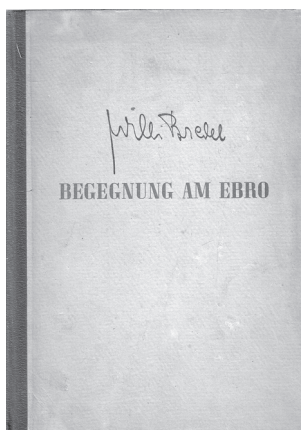
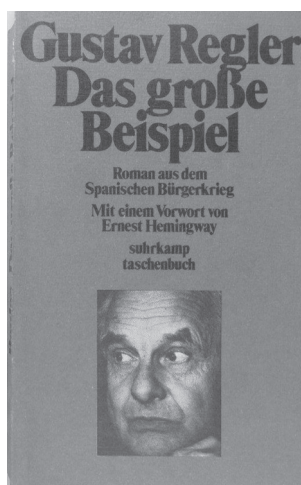
Quelle: wikipedia

überwachende Politbüro auf einer „rudimentären Veröffentlichung“ (Alfred Kantorowicz) bestanden hat. Bei einer vollständigen Veröffentlichung des Textes wäre aller Voraussicht nach eine kaum mehr einzudämmende Diskussion über das, was in Spanien wirklich geschehen ist, ausgebrochen. So berichtet er in einem Pariser Tagebucheintrag vom 1. Mai 1938 von einer Sitzung des Bundes der Spanienkämpfer: „Da waren etwa zwanzig deutsche Invaliden versammelt, Verwundete, Armlose, Beinlose, Schüttler, alle bedrückt, hungrig, fertig mit den Nerven. Da sitzen diese armen Jungen mit ihren zerschossenen Knochen und müssen sich (von einem selbstzufriedenen Parteibeamteten) das erste einer Reihe von Referaten über den Trotzismus anhören.“

Und noch ein anderes Thema schnitt Alfred Kantorowicz in der Volfassung seines Tagebuchs an, wovon er während des Bürgerkriegs nichts gewußt, allenfalls geahnt hatte: Die Verfolgung und Ermordung von Anarchisten und Trotzlisten hinter der Front! Über solche Greuelthaten konnte er später in den Büchern „Mein Katalonien“ (1938) des Trotzlisten George Orwell (1903–1950) und „Das große Beispiel“ (1940) des Kommunisten Gustav Regler (1898–1963) nachlesen. Demnach gab es ein „schwimmendes Konzentrationslager“ auf einem Schiff im Hafen von Barcelona, auf dem Folterungen und Erschießungen vorgenommen wurden, und in Albacete, dem Zentrum des Verwaltungsapparates der Internationalen Brigaden, einen Folterkeller, der auf Befehl Walter Ulbrichts eingerichtet worden war. Beide Autoren sind durch das Erlebnis des Spanischen Bürgerkriegs, über den noch keineswegs das letzte Wort gesprochen ist, zu Abtrünnigen des Weltkommunismus geworden.

### Was wirklich geschehen ist

Wenn man heute beide Ausgaben, die von 1948 und die von 1966, miteinander vergleicht, dann erkennt man, warum das die Literatur



## Betroffene fordern Rehabilitation

### 4. Ehemaligen-Treffen „Kindergefängnis Bad Freienwalde“

Beim 4. Treffen ehemaliger Insassen des Bad Freienwalder DDR-Durchgangsheims für Kinder und Jugendliche am 23. Juli in Fürstenwalde wurden erneut die gesellschaftliche Anerkennung des erlittenen Unrechts sowie die entsprechende Rehabilitation gefordert. „Die Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages von 1992 muß auch für uns endlich mit Leben gefüllt werden“, forderte der Vorsitzende des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“, Roland Herrmann. Damals beschloß der Bun-

„Wir empfinden das als Fortsetzung der Demütigungen, die wir als Kinder in der DDR erfahren mußten“, sagte Herrmann. Hoffnung machte indessen die jüngste Rüge des Bundesverfassungsgerichts an einem einschlägigen Gerichtsverfahren in Brandenburg. So hoben die Karlsruher Richter im Februar 2015 einen Beschluß des Brandenburgischen Oberlandesgerichtes auf, das 2011 den Antrag der ehemaligen Insassin Norda Krauel auf Rehabilitation abgelehnt hatte. Die Brandenburger Richter hätten sich nur ungenügend mit dem Fall vertraut gemacht, rügte das höchste deutsche Gericht und benannte gravierende Verfahrensmängel. Frau Krauel wartet inzwischen seit nunmehr fast anderthalb Jahren auf die Wiederaufnahme ihres Verfahrens.

„Die zerstörten Lebensläufe der Opfer, das Unverständnis der Gesellschaft, die gesundheitlichen Folgeerscheinungen körperlicher und psychischer Gewaltanwendung, führten dazu, daß viele von uns in finanzieller Armut leben“, erklärte Roland Herrmann. Der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ hält eine Ehrenpension von 1500 Euro pro Monat für angemessen, wie es auch die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) fordert.

Einen Teilerfolg konnten die ehemaligen Insassen mit Blick auf das Kindergefängnis bereits erringen: So sagte der Landrat

von Märkisch Oderland, Gernot Schmidt, seine Bereitschaft zu, am ehemaligen Kindergefängnis eine Gedenktafel anbringen zu lassen. Auch Brandenburger Landtagsabgeordnete wie Heide Schinowsky (Grüne) und Kristy Augustin (CDU) zeigten sich offen für das Anliegen. „Ab September wollen wir das Projekt angehen“, sagte Herrmann.

#### Hintergrund

Bis 1987 befand sich in Bad Freienwalde in einem ehemaligen preußischen Gefängnis ein Heim für Kinder und Jugendliche, in dem die Insassen unter menschenunwürdigen Bedingungen, ohne Außenkontakte und großteils für deutlich längere Zeit, als selbst zu DDR-Zeiten rechtlich zulässig, weggeschlossen waren. Ehemalige Insassen gründeten im Jahr 2012 einen Verein, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Seit Jahren setzt sich der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ für die Anbringung einer Gedenktafel an dem denkmalgeschützten Gebäude ein, um an das Leid der dort zu DDR-Zeiten untergebrachten Kinder und Jugendlichen zu erinnern. Derzeit wird das in Privateigentum befindliche Gebäude zu einem Polizeirevier umgebaut.

Verein Kindergefängnis  
Bad Freienwalde



Vor dem ehemaligen Heim in Bad Freienwalde: einstige Insassen mit dem UOKG-Vorsitzenden Dieter Dombrowski (4.v.r.).

destag eine Würdigung des Schicksals der Menschen, denen durch die DDR-Diktatur Unrecht geschehen ist. „Wir fordern die Anerkennung als Opfer und unsere Rehabilitation“, betonte Herrmann.

In vielen Rehabilitierungsverfahren blieben Betroffene bisher jedoch erfolglos.

## Tost – ein Schweige- und Vernichtungslager des NKWD in Oberschlesien

Seit 1991 habe ich Tost (polnisch: Toszek) in Oberschlesien oft besucht. Zu Anfang waren noch Ehemalige dabei, von denen ich erfuhr, was sich in dem Lager zwischen Mai und Dezember 1945 zutrug. Auch erhielt ich seither zahlreiche Berichte, verfaßt von Überlebenden oder deren Kindern. Die Beschreibungen der Zustände in diesem Lager und der Behandlung der Häftlinge durch das Gefängnispersonal sind so grausam zu lesen, daß ein behütet aufgewachsener Nachgeborener diese eventuell für Phantastereien hält. Aber sie sind allesamt wahr, verifiziert durch Vergleiche mit Berichten verschiedener Verfasser.

Von etwa 4500 deutschen Zivilisten, die dort eingekerkert waren, die unsinnige

Zwangsarbeit verrichten mußten, an Krankheiten eingingen, verhungerten und auch totgeschlagen wurden, überlebten bis Ende November 1945 lediglich 1500. Die meisten kamen im Sommer 1945 aus dem Gelben Elend in Bautzen, ca. 1000 Schlesier wurden schon Anfang 1945 verhaftet mit dem Einmarsch der Roten Armee. Ein Teil, etwa die Hälfte der „Überlebenden“, wurde im Dezember 1945 entlassen, weil sie für einen Weitertransport im Winter kräftemäßig nicht mehr geeignet schienen. Es waren nur noch Gespenster, die nach Hause gelassen wurden – ohne Fahrkarte, es gab nämlich keine funktionierende Infrastruktur mehr. Manche benötigten für den Heimweg mehrere Wochen, manche sind sicher-

lich unterwegs schon verstorben. Und so manches Kind hat seinen Vater nicht erkannt, der zerlumpt und ausgemergelt zu Hause erschien nach wochenlanger Odyssee. Diese Männer haben dann kaum noch gesprochen, schon gar nicht von ihren Erlebnissen erzählt. Wer wollte die auch hören, damals? Und einige der Weitertransportierten – Graudenz, Fünfeichen, Buchenwald – wurden schließlich 1950 noch in Waldheim verurteilt.

Die Familien hatten in Trümmer-Ost-Deutschland ums Überleben kämpfen müssen, wurden beraubt, enteignet, der Wohnung verwiesen und blieben ohne Nachricht über den Verbleib des Angehörigen. Auch Mütter waren hier verhaftet.

Es kursierten lediglich Gerüchte. Unser Vater Hans-Werner Rasmussen aus Hainichen/Sachsen kam nie mehr. Unsere Mutter war bei der Verhaftung ihres Ehemannes mit dem fünften Kind schwanger, wir wurden sofort aus dem Haus geworfen und tingelten einige Jahre durch die „Zone“, wohnten mal hier, mal da.

Darum ergab es sich wie selbstverständlich, daß ich mich mit dem Fall der Mauer auf die Suche nach dem Vater machte. Vom Suchdienst des DRK erhielt ich erste Informationen in Form von Transport- und Sterbelisten. Ergänzungen dazu gab es dann über Suchartikel in Tageszeitungen, worauf sich Angehörige meldeten. Mit diesen Informationen konnte ich bis heute ein Archiv mit über 4550 Personendaten zusammenpuzzeln. (Auch in diesem Jahr kamen Anfragen nach vermißten Großvätern, die ich beantworten konnte.) In den Listen des Suchdiensts las ich dann den Namen meines Vaters.

Leider gibt es immer noch keine Nachricht zur genauen Lage der Massengräber, die zunächst, nach den Angaben ehema-

liger Häftlinge, unter den Kohlenbergen vermutet wurden, die sich seit 2011 dort befinden. Jugendliche mußten damals die Toten an den Stadtrand karren und in einer Kiesgrube abkippen. Kalk und Erde darüber, und dann kamen die nächste Toten dazu. 2010 wurde das Gelände von der Stadt verkauft an eine Kohle-Sortierfirma. Riesige Berge von Kohlen wurden – wohl in Unkenntnis – darüber gehäuft. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat bei Grabungen 2012 unter den Kohlen keine Gebeine finden können. Momentan darf niemand auf das Gelände, weil die Kohle-Sortierfirma pleite ist und die Inhaber verschwunden. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere Angehörigen irgendwo in der Nähe unserer Gedenkstätte liegen, und irgendwann werden sie auch gefunden.

**Am 13. Mai 2017 ist wieder eine Gedenkfeier vor Ort geplant.** – Zur letzten Feier 2015 gab uns die charmante deutsche Konsulin Sabine Haake die Ehre, bei der Veranstaltung davor hat der emeritierte Erzbischof von Schlesien, Alfons Nossoll, die Andacht in der Barbara-Kapelle gehalten, und wie immer hat Sabine



An der Gedenkstätte in Tost.

Olbrich das zu Herzen gehende Ave Maria gesungen. Das ehemalige Gefängnisgebäude ist noch intakt (als Psychiatrie) und kann besichtigt werden.

Anmeldungen für die Fahrt am 13. Mai 2017 ab Erzgebirge bzw. Dresden werden gern entgegengenommen von Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien 1945, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Tel. (040) 53 32 05 99, E-Mail sybkraegel@aol.com

## Opfergedenken in Malchow – ein Nachtrag

Seit fast 20 Jahren wird im Rahmen des Malchower Volksfestes an der ehemaligen Kommandantur der Roten Armee, der Villa Blanck, der Werwolftragödie von 1945 gedacht. Bei diesem Volksfest an die dramatische Geschichte zu erinnern, die 70 Jahre zurückliegt, ist ungewöhnlich.

1945 hatte die Rote Armee ohne erkennbaren Grund 33 Jugendliche aus den umliegenden Ortschaften verhaftet und in den Keller der Kommandantur gesperrt. Den jungen Menschen im Alter von 13 Jahren und älter wurde eine sogenannte Werwolf-tätigkeit vorgeworfen. Unter entsetzlicher Folter wurden von ihnen Geständnisse erpreßt, die dann zu hohen Haftstrafen oder aber auch zu Todesurteilen führten. Alle diese Urteile wurden nach 1991 von der Militär-Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation aufgehoben. Somit sind alle jungen Menschen rehabilitiert worden.

In diesem Jahr hatten sich am 1. Juli viele Gastredner an dem Gedenkstein eingefunden, um den Angehörigen der Toten und den Gästen nochmals die Tragödie vor Augen zu führen und ein Grußwort des Freundeskreises aus Malchow und Penzlin an die Teilnehmer zu übermitteln. Bei ihrer Gedenkrede verlaß das Mitglied

des Bundesvorstandes der VOS, May-Britt Krüger aus Rostock, einen Brief, den eine verzweifelte Mutter an ihren verhafteten Sohn geschrieben hatte:

*„Waren, den 28. April 1947  
Mein lieber Albrecht!*

*Ich bitte den lieben Gott, daß er Dich recht bald diese Zeilen lesen lassen möge. Nun müssen wir die kurze Trennung noch ertragen. In den nächsten Tagen fahren wir nach Augsburg, wo für uns alle hoffentlich eine bessere Zeit beginnt. Familie Krochel hat sich in großherziger Weise bereit erklärt, Dich in ihrem Haus aufzunehmen, wenn Du nach Hause kommst. Ebenso Pastor Thorner, Frau Winkelmann, Frau Schubert, Frau Friesiks. Du kannst hingehen, wo Du willst. Es ist am besten Du wartest, bis wir telegrafieren – so schnell es geht, kommt jemand von uns Dich zu holen. Wir können es ja nicht erwarten, Dich in unsere Arme zu schließen. Uns geht es Gott sei Dank gut – wir haben die schlimme Zeit überstanden. Gott schütze Dich weiter bis zu unserem Wiedersehen, mein lieber Albrecht. Wir grüßen und küssen Dich alle von Herzen.*

*Vati, Annemarie, Luitgard  
und besonders natürlich Deine Mutti“*

Die verzweifelte Mutter schrieb diesen Brief mehrmals ab und hinterlegte ihn bei Freunden, Bekannten und Nachbarn. Albrecht hat diesen Brief nie bekommen. Er verstarb am 17. Mai 1947 mit nur 17 Jahren im Lager Sachsenhausen. Er wurde in einem Massengrab verscharrt. Die Mutter hat den Tod ihres Sohnes nie verwunden.

Der Kreistagspräsident des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, Thomas Diener, führte in seiner Rede unter anderem aus: „Das Kriegsende war nicht für alle Menschen eine Befreiung. Vielen Menschen wurde diese sogar zum Verhängnis, besonders Jugendliche erfuhren ein ungewöhnliches Schicksal. Um so wichtiger ist es, daß sich die Stadt Malchow und viele Opferverbände seit vielen Jahren mit der Aufarbeitung der Geschichte auseinandersetzen. Dafür möchte ich Ihnen allen ausdrücklich danken.“

Das Heeresmusikkorps Neubrandenburg hat die gesamte Veranstaltung sehr würdevoll begleitet. Ein besonderer Dank muß der Familie Jutta und Horst Vau ausgesprochen werden. Sie hatten in mühevoller Arbeit die Vorbereitung der Veranstaltung übernommen.

Hanns Osterloh

## „Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern der Haft und Repression während der SED-Diktatur“

UOKG-Kongreß 2016

**Sonnabend, 8. Oktober 2016**

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

### Programm

*11.00 Uhr:* Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden der UOKG, Dieter Dombrowski

*11.15 Uhr:* „Opfer und Täter: Beihilfe von Psychiatern und Psychologen bei der Traumatisierung von DDR-Bürgern“, Prof.

Dr. Dr. Theo R. Payk (Psychiater, Psychotherapeut, Dipl.-Psych.)

*12.00 Uhr:* Mittagspause

*12.30 Uhr:* „Ausprägungen und Folgen politischer Traumatisierung“, Karl-Heinz Bomberg (Arzt für Psychiatrie und Psychoanalyse, ehemaliger politischer Häftling)

*13.00 Uhr:* „Folgen der Begutachtung für die Betroffenen. Problemschwerpunkte, Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht einer Therapeutin“, Dipl.-Psych. Stefanie Knorr (Beratungsstelle Gegenwind Berlin)

*13.45 Uhr:* Erfahrungsaustausch mit anschließender Kaffeepause

*15.00 Uhr:* „Die aktuelle Begutachtungspraxis“, Dr. Ruth Ebbinghaus (Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie)

*15.45 Uhr:* „Die Begutachtungssituation aus der Perspektive der Versorgungsämter“, Andreas Diettrich (Abteilungsleiter Soziales Entschädigungsrecht im Versorgungsamt des Landes Brandenburg)

*16.15 Uhr:* Podiumsdiskussion mit Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG, Vizepräsident des Brandenburger Landtages), Iris Gleicke (parlamentarische Staatssekretärin für die neuen Bundesländer), Rechtsanwalt Thomas Lerche, Moderation: Ulrike Poppe (LAKD Potsdam)

*17.15 Uhr:* Ende der Veranstaltung 

## Öffentlichkeitsarbeit

(st) Auch in diesem Jahr ist es gelungen, viermal die neu konzipierte UOKG-Wanderausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“ über die politische Verfolgung in der SBZ (1945–1949) und DDR (1949–1989) bundesweit zu präsentieren. Sie wird gefördert aus Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Im Sommer war die Ausstellung im Landgericht Rostock zu sehen, wo sie im Beisein des Präsidenten Dr. Kai Jaspersen und des Bundestagsabgeordneten Eck-

hardt Rehberg am 22. August eröffnet wurde. Der NDR und die Ostseezeitung berichteten darüber. Zuvor, im Mai dieses Jahres, war sie im Katholischen Gymnasium Brakel präsentiert worden, mit Resonanz auch in der Zeitung Westfalenpost. Dank der Unterstützung durch die BStU ist die Ausstellung seit dem 14. September und noch bis zum 17. Oktober in der Außenstelle Erfurt zu Gast. In der Vergangenheit hatten bereits die BStU-Außenstellen Dresden, Frankfurt/Oder und Halle/Saale die Wanderausstellung gezeigt.


Zum Abschluß des Jahres, ab 18. Oktober 2016, wird sie wieder einmal im St. Afra Gymnasium Meißen sein, wo schon ihr Vorläufer besondere Resonanz fand.

Außerdem wurde die Plakatausstellung „Mauern-Gitter-Stacheldraht“, die per Post verschickt wird, vom Rotteck-Gymnasium Freiburg/Breisgau in außergewöhnlicher Form dargeboten – an einer „Berliner-Mauer-Installation“. Der dazugehörige Vortrag fand Würdigung in einem langen Artikel der Badischen Zeitung. Für das kommende Jahr sind erneut vier Ausstellungstermine in Planung.

## Einigung in Leipzig

(PE) Nach intensiven Gesprächen des Bürgerkomitees Leipzig mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, wurde eine Einigung zum weiteren Umgang mit dem ehemaligen Stasi-Kinosaal sowie der derzeit dort gezeigten Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“ gefunden (s.a. Ausgabe 6/2016, S. 3).

Im Kern sieht die Übereinkunft vor, daß die Ausstellung des Bürgerkomitees weiter im Kinosaal gezeigt wird, bis das bisherige Stadtbüro frei wird. Dort wird dann ein kleiner Teil der Exposition gezeigt, und die bisherige Ausstellung im Kinosaal wird abgebrochen. Gleichzeitig vereinbarten Stadt und Bürgerkomitee, bis zum 31. März 2019 eine dauerhafte Lösung für die Präsentation der Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“ in funktionaler Nähe zur Gedenkstätte zu finden. Sollte keine Lösung gefunden werden, verständigen sich beide Seiten über die erneute Nutzung des Kinosaals als Ausstellungsfläche. Die für Oktober/November 2016 vom städtischen Schulmuseum im Kinosaal geplante Wanderausstellung „Was glaubst Du denn!? Muslime in Deutschland“ wird an einem anderen Ort oder zu einer anderen Zeit gezeigt. Die durch die Einigung gewonnene Zeit soll

genutzt werden, um an Konzepten für die Weiterentwicklung des Gedenk- und Erinnerungsortes zu arbeiten. 

## Vor Ort

Der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ n.e.V. lädt am **7. Oktober 2016 um 10.30 Uhr** zu einem öffentlichen Vor-Ort-Termin (Adolf-Bräutigam-Str. 4A, 16259 Bad Freienwalde) mit dem Bundesvorsitzenden der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski (CDU), sowie weiteren Landespolitikern ein. An dem Tag wollen wir unsere Vorstellung für eine mögliche Gedenktafelanbringung oder Stele auf dem Fußgängerweg vor dem ehemaligen Kindergefängnis präsentieren.

Roland Herrmann

### Kaßberg nicht verkaufen!

Die Petition der Initiative Gerechtigkeit für SED-Opfer (s. Ausg. 6/2016, S. 15) gegen den Verkauf der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt im damaligen Karl-Marx-Stadt „Kaßberg“ und für die Nutzung als Gedenkstätte und Dokumentationszentrum kann weiter unterzeichnet werden:

<https://www.change.org/p/sächsischer-landtag-kaßberg-gefängnis-als-gedenkstätte>

**Abschied**

# Karl Keller

In der Nacht vom 3. zum 4. August 2016 starb nach kurzer schwerer Krankheit der aus Bessarabien stammende Karl Wilhelm Keller, geboren am 13. April 1930 in Neu-Sarata, politischer Häftling des NKWD seit 13. Oktober 1951, Schmied und Spitzfußballer im sowjetischen Straflager Worskuta, als Arbeitsverweigerer im Inta-Lager und im Waldlager Suchobeswodnoje von 1952 bis 1955, Titelgeber für die Dokumentation „Abseits im Strafraum“, Kfz-Mechanikerlehre in Vellahn bei Hagenow, Taxifahrer im Geschäft seines Vaters und nach seiner Haftentlassung Feinmechaniker, Tankstellenpächter, Meß- und Regeltechniker, EDV-Operator und Unternehmer in Köln und Bauweiler, bis zuletzt PKW- und LKW-Fahrer im Logistik-Unternehmen seines Sohnes in Pulheim.

Karl Keller mißtraute jedem, der seine Lagererfahrungen zu Papier bringen wollte. Sie selbst zu veröffentlichen, war nicht in seinem Interesse. Zu keiner Zeit lag ihm daran, eine Opferrolle zu spielen oder gar mit Haßgefühlen über seine Haftzeit zu sprechen. Selbst das am 26. Juni 1952 in der Moskauer Lubjanka an seinem Vater vollstreckte Todesurteil hatte ihn nicht bewegen können, seine Erlebnisse und Erfahrungen zu instrumentalisieren. Aber er war gern bereit, mit jüngeren Menschen, denen er sein Vertrauen schenkte und von denen er ehrliches Interesse erwarten konnte, über sein Leben zu sprechen. Dabei faszinierte den Zuhörer sein überdurchschnittliches Erinnerungsvermögen. Seine begnadete Eigenschaft, druckreif zu sprechen, erleichterte dem Frager die Veröffentlichung seiner Erlebnisse und Lebenserfahrungen.

Anders als viele andere Gefangene begriff der immer neugierige Karl Keller seine Haft als Zeit des ständigen Lernens. Für ihn war der abendliche Kontakt in dem warmen Trockenraum, der Suschilka, mit jüdisch-russischen Akademikern eine permanente Bildungsmaßnahme. Was sein sprachtalentierter Vater bei ihm nicht durchsetzen konnte, erreichte Karl Keller aus eigenem Antrieb. In nur wenigen Wochen erlernte er die russische Sprache. Damit änderte sich auch sein Ver-

# Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

ich hoffe, daß diese Ausgabe des Stacheldrahts für Sie nicht nur eine interessante Lektüre, sondern auch ein Arbeitsmaterial ist. Die UOKG ist bemüht, mit ihrer Arbeit möglichst allen Opfergruppen gerecht zu werden. Dies ist eine tägliche Herausforderung. Wir benötigen dazu Ihre inhaltliche, aber auch, wenn irgend möglich, finanzielle Unterstützung. Unsere Arbeit wird projektbezogen gefördert, so daß wir bei anfallenden Sachkosten zum Beispiel für Kränze bei Gedenkveranstaltungen stets überlegen müssen. Auch erreichen uns immer wieder Anfragen von Mitgliedsverbänden und Einzelpersonen, die Großartiges für die SED-Opfer leisten und um finanzielle Unterstützung bitten. Dies ist uns aber aus projektgebundenen Mitteln nicht möglich, so daß wir auf

Spenden angewiesen sind, wenn wir hier aus guten Gründen helfen wollen. Bitte unterstützen Sie uns weiter.

Ihr Dieter Dombrowski  
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstraße 36, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

## Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24-70 00

Montag bis Donnerstag 8.00-17.00 Uhr

Freitag 8.00-14.00 Uhr

**Bestätigung** über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von \_\_\_\_\_ € am \_\_\_\_\_

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

**U O K G e. V.**

IBAN

**DE79 1007 0024 0734 2728 00**

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

**DEUTDE33**

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

**S p e n d e**

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROßBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Art.-Nr.: 113 360 423 100



halten gegenüber seinen Bewachern, und er entdeckte, daß auch sie ihr Los im lebensfeindlichen Workuta nur befehlsgemäß ertragen konnten. Als dann die Lagerleitung schon nach wenigen Wochen sein überdurchschnittliches

Fußballtalent entdeckte, gab es nur noch Gespräche auf Augenhöhe. Selbst die Haft im gefürchteten Isolator als grausame Strafmaßnahme wegen Übertretung von Festlegungen der Lagerordnung und seiner Arbeitsverweigerung erleichterten ihm wohlgesonnene russische Aufseher.

Großen Wert legte Karl Keller nach der Haftentlassung

nach Westdeutschland auf die Pflege der Freundschaft mit Lagerkameraden seines Vertrauens. Herbert Kollmorgen, sein Intimus seit ihrer gemeinsamen Autoschlosserlehre in Hagenow, erst nach 99 Tagen in der Todeszelle begnadigt zu 25 Jahren verschärftem Straflager wegen Ausspionierens von Wilhelm Zaisser, dem ersten Geheimdienstchef der DDR, der ungeschlagene Schachspieler Herbert „Bebbi“ Erlenkamp aus ihrer gemeinsamen Zeit in der Potsdamer Tribunalzelle, der Geiger und Fußballer Günter Frenzel, der Berliner Rudolf Sommer aus dem Schacht 29 und Edgar „Fischer“ Koopmann, der als der Cheffahrer Informationen über den späteren Armeegeneral Heinz „Boris“ Hoffmann an die Amerikaner lieferte, nicht zuletzt sein Fußballerfreund Helmuth Budach und der bayrische Lagerkamerad Max Moosbauer gehörten zu seinem Freundeskreis: „alles standfeste Typen, gestandene Männer, die schon im Lager ihr Leben gemeistert hatten...“ Gemeinsame Urlaubsreisen mit der ganzen Familie, Gastgeber für gemeinsame Karnevalfeiern im Rheinland und immer

wieder Besuche und Telefonate, solange sie lebten, schweißten die „Ehemaligen“ zusammen.

Weihnachten 2015 trafen wir uns bei Roland Bude in Swisttal bei einem zünftigen russischen Abendbrot mit viel Wodka, Schwarzbrot und Knoblauchzehen. Die dabei emotional geführten Gespräche über ihre Rehabilitation und die ihrer Lagerkameraden und die Rolle Adenauers zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR und der Rückführung der letzten (Kriegs-)Gefangenen nach seinem Moskau-Besuch im September 1955 sind aufgezeichnet. Niemand konnte ahnen, daß wir Karl Keller nicht wiedersehen werden. Nur seine Stimme können wir noch hören. Uns verbindet eine späte Männerfreundschaft.

Am Freitag, dem 12. August 2016, haben wir ihn zu seiner letzten Ruhestätte auf dem Friedhof Blumenstraße in Pulheim begleitet.

Wilhelm K.H. Schmidt



Heimkehrer Keller (l.), Oktober 1955 in Friedland.

## Helge Dietrich

Das Bautzen-Komitee trauert um seinen stellvertretenden Vorsitzenden Helge Dietrich, der am 31. August 2016 plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Helge wurde 1944 in Dresden geboren. 1948 wurde sein Vater dort mit anderen LDPD-Mitgliedern für seine politische

Überzeugung verhaftet und bis zum Dezember 1957 in Bautzen inhaftiert. Die Familie floh nach West-Berlin, wo Helge später Lehrer für Geschichte/Sozialkunde und Mathematik wurde. Sein Vater, der 1987 verstarb, war eng mit unserem ehemaligen Vorsitzenden, dem Kameraden Günter Mühle, bekannt.

Helge Dietrich hat dafür gesorgt, daß sein Vater 2012 von der sowjetischen Generalstaatsanwaltschaft rehabilitiert wurde.

Bevor er dem Bautzen-Komitee beitrat, war Helge zehn Jahre lang Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung in Berlin. 2015 wurde er stellvertretender Vorsitzender unseres Bautzen-Komitees und hat sich in nur kurzer Zeit zu einem unentbehrlichen Kameraden gemacht, der uns sehr fehlen wird. Noch vor wenigen Tagen haben wir zusammengesessen und ein beispielhaftes Schülerprojekt zum Thema politische Haft in Bautzen besprochen, das mit Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung im Januar 2017 stattfinden soll.

Sein Tod reißt eine schmerzliche Lücke in unsere Reihen, die nur schwer zu füllen ist.

Unsere Anteilnahme gilt in diesen schweren Stunden seiner Frau und den Kindern.

Alexander Latotzky

## Veranstaltungen

4.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Menschenraub im Kalten Krieg: Täter, Opfer, Hintergründe**, Autor Wolfgang Bauernfeind liest aus seinem Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**Texte und Lieder von und mit Stefan Krawczyk**; Veranstaltung des Museums Lichtenberg im Stadthaus im Rahmen der Ausstellung „Rückwärts nimmer“ von Katrin Büchel und Gino Kuhn; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

6.10. (Do), 17.00 Uhr:

**„Wir sind das Volk. – Wer ist das Volk?“** Regionalkonferenz Brandenburg, Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Stadthaus, Ratssaal, Erich-Kästner-Str. Platz 1, 03046 Cottbus; Anmeldung unter E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de, Tel. (030) 88 41 22 54, Fax (030) 88 41 22 23

6.10. (Do), 19.00 Uhr:

**Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in Osteuropa in Gefahr?** Ref. Adam Krzeminski, polnischer Journalist u. Publizist, Stefan Raue, MDR-Chefredakteur, Prof. Dr. Stefan Troebst, deutscher Historiker, Slawist u. Publizist, Roland Jahn, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Volkshochschule Leipzig, Löhrrstr. 3–7, 04105 Leipzig

9.10. (So), 11.00–17.00 Uhr:

Besuchertag, 15.00 Uhr: **„Verführung, Kontrolle, Verrat. Der Einfluß der Stasi auf die Familie“**, Ref. Martin Ahrends, Herausgeber, anschl. Podiumsdiskussion u.a. mit Rüdiger Sielaff, BStU, u. Dr. Marie Anne Subklew, LAKD; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O. u.a.; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

9.10. (So), 20.00–23.00 Uhr:

**Lichtfest 2016**, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig, Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

11.10. (Di), 18.00 Uhr:

**Überwachung. Bespitzelung. Doping.** Die Stasi und der Sportclub Neubrandenburg, Vortrag u. Podiumsdiskussion mit André Keil, NDR, Anne Drescher, LStU M-V, Brigitte Werner, Zeitzeugin, Mod. Marita Richter, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Regionalmuseum Neubrandenburg, Franziskanerkloster, Stargarder Str. 2, 17033 Neubrandenburg

## Ein BND-Präsident erinnert sich...

Leser, die eine nähere Darstellung der Tätigkeit des BND aus den Händen von Dr. Hans-Georg Wieck erhoffen, werden enttäuscht sein. Statt dessen beinhaltet das Buch seine Aufzeichnungen, Artikel und Vorträge im Laufe der jahrzehntelangen Teilung – als westdeutscher Botschafter in Moskau sowie als späterer Leiter des BND, wobei er ebenso die Gedankenwelt der sowjetischen Führung, die Vorstellungen in Bonn und der westlichen Alliierten berücksichtigt. Zyniker und interne Kenner jener deutschen Schicksalsjahre sehen das Buch vielleicht als eine – sehr diplomatisch verpackte – Ohrfeige für die dümmlichen Propaganda-Lügen mancher heutiger Politiker und Institutionen, die Ereignisse von 1989/90 seien „nicht vorhersehbar“ gewesen.

Die westdeutsche Bevölkerung mit all ihren, oft selbsternannten UdSSR-Spezialisten sah die Sowjetunion lange Zeit als eine in jeder Weise führende Großmacht. Der Autor indes skizzierte in seinem Vortrag Ende 1980 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik das Land mit den Worten: „Ein lebendiger Organismus befand sich im Prozeß der Versteinerung“, schilderte die wachsende Diskrepanz zwischen vorgegebenen Plan-Zielsetzungen und der ineffizienten Wirklichkeit sowie die Unfähigkeit, die eigene Ernährung zu gewährleisten. Als wohl erster Deutscher erklärte er damals seine Erwartung, „daß die SU zu dem Ergebnis kommen könne, daß ihre Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser mit einem nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland vereinigten Deutschland gewahrt werden könnten als mit einer mit Gewalt aufrecht erhaltenen sowjetischen Vorherrschaft über Mitteleuropa.“

Wenige Jahre später, im NATO-Brief 2/1984, beschrieb er dies ausführlicher und eindringlicher: Osteuropa werde zunehmend zur Belastung Moskaus bei gleichzeitig abnehmendem Wert als militärische Sicherheitszone – das Hegemonialkonzept war gescheitert. Bereits Andropow hatte auf Grund seiner nüchternen Analyse seines Landes dem KPdSU-Politbüro eine Reformpolitik vorgeschlagen – Gorbatschow war sein politisches Ziehkind.

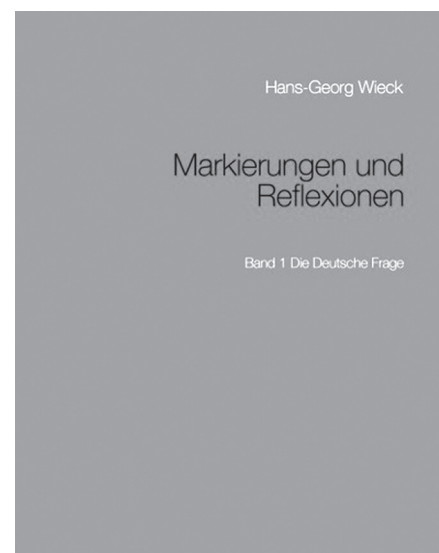
Während Wieck als wohl einziger im Westen an dessen Reformpolitik ab 1985 angesichts der Gegebenheiten glaubte und sie nicht lediglich für „eine Pause zum

Luftholen“ hielt, wurde seine Beurteilung von den Westmächten skeptisch gesehen, die an eine Wiederkehr des sowjetischen Expansionskurses glaubten. Bereits 1986 meldete der Bundesnachrichtendienst, der Kreml habe die als Breschnew-Doktrin bekannte Interventionsstrategie aufgegeben. Das bedeutete, daß Ost-Berlin nicht mehr den militärischen Schutz der Sowjetunion genoß – womit sein Schicksal letztendlich besiegelt war. Die Wiedervereinigung kam nicht durch eine „Männerfreundschaft“ zweier Staatsmänner zustande, sondern weil sie mit all den für Gorbatschow so überlebenswichtigen Krediten für Rußland vorteilhafter war.

In Bezug auf die Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989, die in Pullach zutreffend als Anfang vom Ende der DDR gewertet wurde, kam eine Anfrage vom Bundeskanzleramt, ob es sich dabei um westdeutsche NPD-Propagandisten gehandelt hätte! Hatte man am Rhein bei den alljährlichen „Berichten zur Lage der Nation“ bis 1969 die Analysen des BND verwendet, griff man fortan auf die offiziellen Angaben Ost-Berlins zurück.

In seiner Loyalität und Höflichkeit verschweigt Wieck manche Wertung, er schreibt auch kein Wort über den Leiter der Ständigen Vertretung, der in seiner starken Selbstüberschätzung während der ersten November-Woche 1989 damals groß in der UNO verkündete, die Sowjetunion werde „niemals ihre Deutschland-Politik ändern“.

Ein Buch, das jene Zeit von allen Seiten beleuchtet, sachlich bleibt und manches bisher Unbekannte, nicht selten auch die oft verdunkelte Wahrheit offenlegt.



Hans-Georg Wieck: *Markierungen und Reflexionen*, BoD-Verlag 2014, 328 S., 26,90 €

## Der SD in Dänemark

Als im Jahr 2007 im Rahmen einer internationalen Konferenz von Historikern aus Europa und Amerika auf der einen Seite und ehemaligen Stasi-Funktionären auf der anderen Seite an der Süddänische Universität (Fünen, Dänemark) durch einen deutschen Teilnehmer die Hinrichtung des Grafen von Stauffenberg mit der Hinrichtung Dr. Werner Teskes anfangs der 80er Jahre analogisiert wurde (ungefähr so: „Man hat doch den Stauffenberg-Film gesehen. Verräter werden hingerichtet..., ist doch klar...“), verschlug es vielen Teilnehmern im großen Hörsaal die Sprache. Wenige Stunden später wurden in einer Regionalzeitung von Odense die Begriffe „Gestapo“ und „Odense“ in Zusammenhang gebracht. Einer der westlichen Referenten hatte dem anwesenden Stasipersonal a.D. die Frage gestellt, warum Teske zum Tode verurteilt worden sei.

Welche Assoziationen werden wohl die im Hörsaal anwesenden dänischen Historiker gehabt haben? Vielleicht hatten sie Kurt Guttman, den Kriminalrat und Gestapo-  
chef in Odense im Blick. Weniger wahrscheinlich ist, daß sie an Wolfgang Söhnlein dachten. Söhnlein war der Chef des SD, des Sicherheitsdienstes der SS, in Odense. Er ist 1986 gestorben, im Alter von 73 Jahren. Manche dänischen Historiker könnten ihn noch gekannt haben. Über die deutsche Besatzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg ist zwar hinreichend viel Literatur erschienen, jedoch wurde der Sicherheitsdienst der SS, also besagter SD, im Hinblick auf Dänemark kaum ins Bild gesetzt.

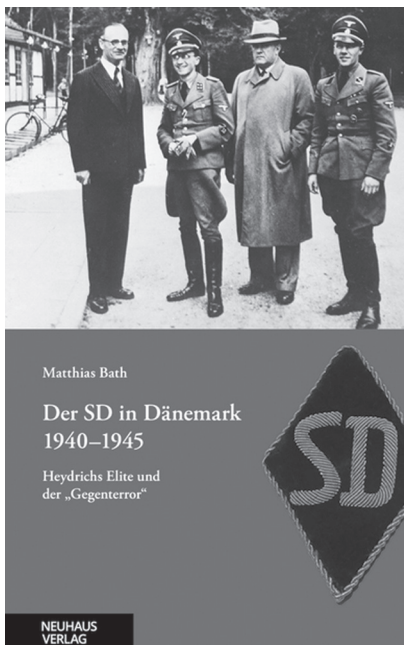
Ein Buch des deutschen Juristen und Historikers Dr. Matthias Bath schafft nunmehr Abhilfe. Das besondere wissenschaftliche Verdienst Baths besteht vor allem darin, daß er die wichtigsten da-

mals handelnden Personen in Form von Personendossiers bekannt macht. Dieser Personenbezug macht Geschichtsdarstellung lebendig. Neben Akten des Bundesarchivs hat Bath dänische Quellen einbezogen. Er beschreibt die Widerstandskaktionen der „Holger-Danske-Gruppe“ gegen die deutschen Besatzer. „Holger Danske“ ist sozusagen ein dänischer Nationalheld. Die SD-Aktionen gegen die Widerstandsorganisation „Holger Danske“ und andere firmierten unter dem Begriff „Gegenterror“. Die wichtigste SS-Gruppe in diesem Zusammenhang nannte sich „Peter-Gruppe“, benannt nach einem Decknamen. Für Fachhistoriker mag interessant sein, daß Bath mehrere Mitglieder der „Peter-Gruppe“ benennt.

Der Autor beschreibt eine Entführungsaktion der SS gegen den Rundfunktechniker Rudolf Formis aus Prag, die für Formis tödlich endete. Im Rahmen der Gegenoperationen wiederum wird im Buch Ole Lippmann erwähnt, der als Chef der dänischen Sektion des britischen SOE und britischer Major Teile des Widerstandes gegen die Nazis koordinierte. Hoch bemerkenswert ist ein SS-Mitläufer gewesen, der in der (NS-) Literatur als „Studienrat“ firmierte. Ein typischer Schreibtischtäter hoher Intelligenz und geringer Moralität. Nach 1945 spielte der Mathematiker Hans Wäsche im Rahmen seines studierten Faches eine wesentliche Rolle. Mathematiker kennen ihn als Manager in der Mathematik-Didaktik.

Vielleicht noch am Rande bemerkt: Das Kürzel „PID“ gab es schon 1932 (von der Staatssicherheit später für „Politisch-ideologische Diversion“ verwendet), damals als „Presse- und Informationsdienst“, ehemals Reinhard Heydrichs Icdienst. Insgesamt ist zu sagen: Wer sich für die Geschichte der Geheimdienste des 20. Jahrhunderts interessiert, muß das Buch von Bath zur Kenntnis nehmen. Es beleuchtet einen weißen Fleck im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist zu hoffen, daß jemand wie Bath sich des Themas „Geheime Feldpolizei“ annimmt. Es gibt nicht nur im Hinblick auf die Zeit nach 1945 solche „weißen Flecken“, sondern auch auf die Zeit davor. Das Buch Matthias Baths jedenfalls ist Pflichtprogramm für jeden historisch Interessierten, nicht nur für Historiker.

Bernd Lippmann



.....  
 Matthias Bath: *Der SD in Dänemark 1940–1945. Heydrichs Elite und der „Gegenterror“*, Neuhaus Verlag 2015, 164 S., 19,95 €  
 .....

## Veranstaltungen

11.10. (Di), 19.00 Uhr: „**52 Wochen sind ein Jahr**“, DDR 1955, Spielfilm, Vorfilm „Krawall im Stall“, DDR 1961; Vorführung in der Reihe Zeitschnitt 2016 d. LAKD Brandenburg; Ort: Haus Lichtblick, Karl-Marx-Str. 2, 15324 Letschin

11.10. (Di), 20.00 Uhr: **Staatliches Doping in der DDR – Situation der Dopingopfer und der neue Hilfsfonds**, Vortrag u. Podiumsgespräch mit Prof. Ines Geipel, Vorsitzende d. Doping-Opfer-Hilfe e.V., Heike Knechtel u. Maria Katrin Kanitz; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Ditttrichring 24, 04109 Leipzig

12.10. (Mi), 19.00 Uhr: **„Verborgene Wunden. Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe“**, Lesung und Lieder mit Autor Dr. Karl-Heinz Bomberg; Veranstaltung des Museums Lichtenberg im Stadthaus im Rahmen der Ausstellung „Rückwärts nimmer“ von Katrin Büchel und Gino Kuhn; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

13.10. (Do), 19.00 Uhr: **„Demokratie jetzt. Der schwierige Weg zur deutschen Einheit“**, Buchvorstellung und Podiumsdiskussion mit Autor und Zeitzeuge Gerhard Weigt, Pfarrer Stephan Bickhardt u. Regisseur und Publizist Konrad Weiß; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, Ditttrichring 24, 04109 Leipzig

16.10. (So), 14.00 Uhr: **Das sowjetische Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen (1945–1950)**, öffentliche Führung d. Gedenkstätte Museum Sachsenhausen; Ort: Treffpunkt Besucherinformationszentrum, Gedenkstätte Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg

18.10. (Di), 10.00 Uhr – 19.10. (Mi), 14.30 Uhr: **1956 – Aufbruch im Osten**. Die Enttarnung in Ostmitteleuropa und ihre Folgen, Konferenz d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Collegium Hungaricum Berlin, Dorotheenstr. 12, 10117 Berlin; Anmeldung bis zum 14.10.2016 an E-Mail [heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de) oder Tel. (030) 88 41 22 54

18.10. (Di), 18.00 Uhr: **„...wenn Gott Geschichte macht! 1989 contra 1789“**, Ulrich Schacht referiert zu dem mit Thomas A. Seidel edierten Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin



## Ein Antiroman

26.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**Sozialistische Jugendpolitik**, Impulsreferat v. Dr. Marc-Dietrich Ohse, Historiker, Hannover, Diskussion mit Frank Ebert, Archiv d. DDR-Opposition, Berlin, Heiko Lietz, Pfarrer i.R., Schwerin, Hans Modrow, vorletzter Ministerpräsident d. DDR, Dr. Marc-Dietrich Ohse, Moderation v. Rudi Pahnke, Pfarrer i.R., Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u. d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: DDR-Museum, Besucherzentrum, St.-Wolfgang-Straße, Berlin-Mitte

26.10. (Mi), 19.00 Uhr:

**„Weggesperrt“ und „Abgehauen“**, Lesung mit Autorin Grit Poppe; Veranstaltung des Museums Lichtenberg im Stadthaus im Rahmen der Ausstellung „Rückwärts nimmer“ von Katrin Büchel und Gino Kuhn; Ort: Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin

30.10. (So), 13.30 Uhr:

**„Atemlos“**. Erlebnisse eines Frankfurter Arztes mit der Stasi, Lesung u. Gespräch mit Autor Karl-Ludwig von Klitzing, anschl. Archivführung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Außenstelle Frankfurt/O., Fürstenwalder Poststr. 87, 15234 Frankfurt/O.

1.11. (Di), 18.00 Uhr:

**Der Osten im Westen**. Vom Einfluß des Ostens auf das vereinigte Deutschland; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Deutschland 2.0. Die DDR im vereinigten Deutschland“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

1.11. (Di), 18.00 Uhr:

**„Gesperrte Ablage: Unterdrückte Literaturgeschichte in Ostdeutschland 1945–1989“**, Ines Geipel präsentiert das zusammen mit Joachim Walter verfaßte Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai Kirchplatz 5–7, 10178 Berlin

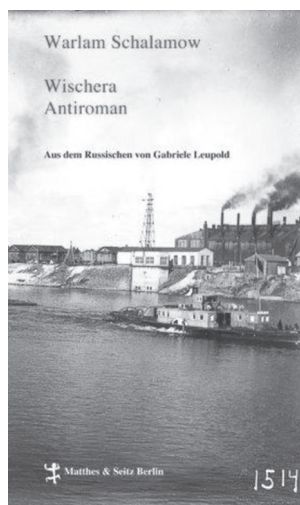
1.11. (Di), 19.00 Uhr:

**„Schwarzer Samt“**, DDR 1964, Spielfilm, Vorfilm: Der Augenzeuge 8/1964; Vorführung in der Reihe Zeitschnitt 2016 d. LAKD Brandenburg; Ort: Burg Beeskow, Frankfurter Str. 23, 15848 Beeskow

2.11. (Mi), 19.00 Uhr:

**Ausreise per Antrag**. Der lange Weg nach drüben, Lesung mit Autorin Dr. Renate Hürtgen, Podiumsgespräch mit der Autorin, Rüdiger Sielaff, BStU, u. Dr. Marie Anne Subklew, LAKD; Veranstaltung d. Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. u.a.; Ort: Menschenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus

(VT) „Am 19. Februar 1929 wurde ich verhaftet. In diesem Tag und dieser Stunde sehe ich den Beginn meines gesellschaftlichen Lebens – die erste wahre Prüfung unter harten Bedingungen.“ Warlam Schalamow ist noch keine 22 Jahre alt, entschlossen, sein Leben in den Dienst seiner politischen Ideale zu stellen, als er verhaftet wird und im Butyrka-Gefängnis anderthalb Monate in einer Einzelzelle ver-




.....  
 Warlam Schalamow: *Wischera. Antiroman*, Matthes & Seitz, Berlin 2016, 270 S., 22,90 €  
 .....

## Zwei Frauen


(VT) Der Leser wird mitgenommen in die Geschichte einer leidenschaftlichen Sehnsucht. Franziska, die mit Valera in einem Dorf im Oderbruch aufgewachsen ist, erzählt das Leben der beiden Frauen auf dem Hintergrund der Geschichte von Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart. Trotz oder gerade wegen ihrer Unterschiedlichkeit verbindet die Frauen eine gegenseitige Faszination. Durch den Mauerbau trennen sich jedoch ihre Wege. Franziska, die inzwischen als Schriftstellerin in Berlin lebt, erfährt vom Tod der Freundin. In den Gedichten und Aufzeichnungen ihrer Freundin entdeckt sie eine Frau mit großer schriftstellerischer Begabung, die sich nicht entfalten konnte. Das bringt sie auf die Idee, Valera zur Protagonistin ihres nächsten Romans werden zu lassen, ihr eine Bühne zu geben.

.....  
 Barbe Maria Linke: *Träum mich, Geliebte, Roman*, Geest-Verlag 2016, 280 S., 14,- €  
 .....

bringen muß. Wischera sind die von Schalamow als „Antiroman“ bezeichneten Erinnerungen an seine erste Verhaftung und an das Zwangsarbeitslager am Fluß Wischera im Nordural, in dem er drei Jahre verbrachte. Es sind die „Lehrjahre“ eines Schriftstellers, der wie kein anderer das stalinistische Lagersystem mit literarischen Mitteln darstellte.

Neben den Erzählungen aus Kolyma belegt vor allem dieses unvollendet gebliebene autobiographische Buch seine prinzipielle Zurückweisung der Romanform nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und seine Suche nach neuen Möglichkeiten des Prosaschreibens. 

### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Bünger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Lieselotte Karpinski am 3. Oktober, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Maria 

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist  
 Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail baumgart@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo–Fr, 14–16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr  
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Behr, Gudrun Schramm am 19. Oktober,  
Gerhard Halko am 20. Oktober, Manfred  
Baumhäckel, Erwin Nigrin am 21. Okto-  
ber, Dieter Zander am 25. Oktober, Gerd  
Bötge, Wolfgang Klosa am 26. Oktober,  
Peter Seele am 27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die  
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Angelika Ducke, Peter Feige, Hans-  
Christoph Flade, Peter Henzel, Marlies  
Hoffmann, Kerstin Lange, Erich Lienhart,  
Gudrun Ingeborg Lindh, Bodo u. Evelyn  
Platt, Eike Christine Radewahn, Erika Rys-  
sel, Horst Schröder, Dieter u. Helga Weise,  
Peter Wiesenbauer

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Der Mensch muß das Wagnis seiner  
Freiheit auf sich nehmen und damit  
auch die Möglichkeit, daß er an ihr  
scheitert.

Reinhold Schneider

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Vorstandsbeauftragter:  
Dr. Christian Fuchs  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)  
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,  
E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG  **AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,  
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine  
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnstiftende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. September 2016

